

D E U T S C H E   E I N I G U N G     E U R O P A   u n d  
I N T E R N A T I O N A L I S M U S

Diskussionsbeiträge zu einer Reihe von Einzelfragen von Rainer D.

Gliederung	Seite
Internationalismus als Maßstab	1
Westeuropäische Einigung/EG als Siegerordnung der Westalliierten mit ungleichen Verträgen gegenüber der BRD	4
Der Mechanismus der westeuropäischen Verträge	5
Montanunion/EGKS	5
NATO, Wiederbewaffnung, EVG	6
Euratom und EWG	7
Das Gerücht über die Beherrschung der EG durch die BRD	10
Die Einordnung eines vereinigten Deutschlands in Europa als dauerhafte Unterordnung	12
Trauma von der "Deutschen Gefahr" wird instrumentalisiert	13
zur dauerhaften Isolierung der SU	14
und zur Sicherung der Wende in Osteuropa	14
drohende Wiederbelebung eines deutschen Nationalismus	16
Mögliche/denkbare Gegenpositionen zur "Anschluß-Politik" und zur "Wider-Vereinigung"	17
Deutsche Wirtschafts- und Währungsunion	21
Stärkung oder Schwächung der westdeutschen Wirtschaft	21
Wirtschaftswunder oder Anpassungskrise in der DDR	21
Die Wirkungsweise einer schnellen Währungsunion	22
historische Belastungen der DDR-Wirtschaft	24
Chancen durch flexible Neustrukturierung	26
Die Kosten der Einheit bei Währungsunion	27
"berechtigte Forderungen" der DDR	27
unproduktive Arbeit in der DDR und BRD	28
mögliche Formen des Ausverkaufs der DDR	29
Zuschüsse zu Sozialkassen und Löhnen	30
Zuschüsse zu Anpassung der Infrastruktur	30
Erhöhung der Zinsen, Inflationsrate und öffentliche Schulden	31
Reparaturen auch nach Osten	32
Die Finanzierung der Kosten	33
durch Umschichtungen aus dem Zahlungsbilanzüberschuß der BRD	33
aus Rüstungsausgaben	34
aus der Berlinförderung	34
aus dem Länderfinanzausgleich u.a. regionalen Zuschüssen	34
aus Sachinvestitionen von Bahn, Post und des Bundes	35

D E U T S C H E   E I N I G U N G     E U R O P A   u n d  
I N T E R N A T I O N A L I S M U S

Diskussionsbeiträge zu einer Reihe von Einzelfragen

Die Rolle Europas und der USA bei der deutschen Einigung

Erzwungener Internationalismus hat nirgendwo dauerhaft Bestand. Selbst freiwillige Zusammenschlüsse geraten in Krisen und führen ggf. zu neuen Vereinbarungen und/oder Trennungen.

Nationale, regionale und religiöse Gruppen wehren sich in West und Ost ausdauernd gegen erzwungene Einheitlichkeit (von den staatlichen Kunstprodukten des Kolonialismus im Süden gar nicht zu reden) z.B. die Basken und Katalanen in Spanien, die Bretonen in Frankreich, die Südtiroler in Italien, die katholischen Nordiren in Großbritannien, die Muslim im Libanon, die Kurden in Nahoststaaten, die Tibetaner in China aber auch die ursprünglich freiwillig in einem Staatsgebilde zusammenlebenden französisch sprechenden Kanadier in Quebec, die Flamen und Wallonen in Belgien, die verschiedenen nicht serbischen Völkerschaften in Jugoslawien usw. Jeder kann die Liste fast beliebig fortsetzen insbesondere um die gerade virulent gewordenen Bestrebungen in Osteuropa und der SU.

Dagegen scheint die Schweiz seit ihrem Sonderbundskrieg 1848, indem sie eben auch Kantone gewaltsam eingegliedert hat, eine relativ stabile Form für das Zusammenleben bei Aufrechterhaltung regionaler, kultureller und politischer Unterschiede geschaffen zu haben (die Bedeutung der Unruhe der Jurassier kann ich nicht einschätzen).

Die großdeutsche Einheit, die wohl von der Mehrheit der Österreicher nach dem WK I gewünscht wurde und von der sie wohl nur durch das Diktat der Entente abgehalten wurde, hat die Österreicher nach Erfüllung ihres Wunsches durch militärischen Anschluß 1938 mit in die Katastrophe des WK II geführt. Danach war die Entfremdung zwischen Deutschland und Österreich endgültig.

Während die unitarischen Nationalstaaten dem Höhepunkt und der Katastrophe ihrer souveränen Machtpolitik entgegenfieberten, nehmen die Träume vom Internationalismus und von multikulturellen Gesellschaften und föderativen Bundesstaaten konkretere Gestalt an. Der Internationalismus verbindet sich dabei immer mit dem Versprechen einer gerechten, gleichberechtigten Friedensordnung. Die Ordnung soll dabei auf anderen Prinzipien z.B. der Selbstbestimmung gründen als der Macht, der Unterwerfung und dem Nationalstaat, mit seinem durch nichts als der Gegenmacht gezügeltem blindwütigem Egoismus. Jenseits der Machtstaatsordnungen wie der Pax romana bis zur Pax americana haben sich drei geistesgeschichtliche Traditionen für eine internationale Friedensordnung herausgebildet:

- Die jüngste stammt von der Arbeiterbewegung: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" und "Die Internationale erkämpft das Menschenrecht"
- Die in Europa älteste stellt das christliche Friedenspostulat "Frieden auf Erden" dar, das von Dante um 1300 schon zu einem politischen Ordnungsprinzip weiterentwickelt wurde.
- Die bürgerlich, parlamentarische, demokratisch, genossenschaftliche Tradition wurde von William Penn 1692 begründet: Eine gerechte friedliche Ordnung wird durch freie Übereinkunft freier Bürger geschaffen.

Der politisch praktische Beginn einer internationalen Ordnung der Staaten in der Neuzeit ist der Völkerbund nach dem WK I und die Paneuropäische Bewegung des Coudenhove-Kalergi seit 1923 (neben den schon oben erwähnten auch organisatorischen Ansätzen des Internationalismus der Arbeiterbewegungen und der sich bildenden christliche Volksparteien, die sich zwar über Prinzipien der Politik verständigten aber eine politische internationale Ordnung nicht direkt anstrebten bzw. im WK I zugunsten des Chauvinismus verrieten).

Mein Maßstab der Beurteilung orientiert sich am Internationalismus einer demokratisch begründeten Friedensordnung. Nation und Vaterland wurden so lange als imaginäre Werte propagiert, für die man sich unterordnen, aufopfern, unterdrücken und ausbeuten oder solches erdulden sollte, daß sie nun ohne Angabe konkreter sozialer Bezüge, garantierter Freiheiten, Friedensordnung, Rechte und Wohlstand nicht mehr als Leitidee und Verpflichtungsgrund akzeptiert werden kann. Die allgemeine Akzeptanz internationaler Einbindung und Aufgabe von Souveränitäts"rechten" nach dem WK II begrüße ich daher vom Prinzip und insbesondere den Abbau nationaler "Erbfeindschaften" wie zwischen Deutschland und Frankreich.

Dieser Wertewandel in Ost und West beschränkte sich aber nur auf das jeweilig eigene ideologische System und war/ist gleichzeitig verbunden mit dem Aufbau einer feindseligen Frontstellung gegen das jeweils andere. Mit der Propagierung der Systembindung des einzelnen wurden nicht nur die gleichen unseligen politischen Traditionen des Nationalstaates nach innen und außen reproduziert sondern auch die Freiheit des Denkens beschränkt. Diesen negativ-polemisch aufeinander bezogenen Denksystemen wurde jetzt erneut die Möglichkeit eröffnet, sich aus ihrer polemischen Bindung zu befreien. Dies gilt auch für den scheinbar siegreichen "freien Westen". Pfarrer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch in der Demokratischen Allianz mit CDU/DSU warnt im ZDF-Fernsehen am 22.2.1990 im Interview ab 22.10h sinngemäß: Bei den Bundesrepublikanern denke ich, daß sie sich jetzt nicht als große Sieger fühlen sollen, die nichts zu ändern brauchen.

In diesem Sinne kritisiere ich die vergangenen und absehbaren Schritte zu internationalen Ordnungen auch des Westens als von Machtpolitik, Unterdrückung und Ausbeutung geprägt, die deswegen den Kern des Scheiterns, den Revisionismus, in sich tragen. Ich plädiere für demokratische und offene Lösungen, die politische Entscheidungen und Ordnungen immer neu zur Disposition stellen, Nationen überflüssig und staatliche Machtpolitik alten Typs unmöglich machen

## Westeuropäische Einigung

Nach dem WK II haben sich in Europa zwei internationalistische Systeme als Herrschaftssysteme der Siegermächte herausgebildet. Dabei wurde der Glaube und Wunsch der Bürger an bzw. nach Frieden und Gerechtigkeit in Europa und der Welt mißbraucht, indem die oben genannten geistesgeschichtlichen Grundlagen zu Herrschaftsideologien verformt wurden. Der Zusammenbruch dieser Herrschaft im Osten, die ideologisch mit Sozialismus und den Zielen der Arbeiterbewegung begründet wurde, ist offensichtlich.

Hier soll etwas genauer das System in Westeuropa kritisch betrachtet werden, das scheinbar so glänzend dasteht und scheinbar einer Verwirklichung der Ideale von einer gerechten Friedensordnung durch Bildung der vereinigten Staaten von Europa zustrebt. Auch die mittel- und osteuropäischen Staaten, die an einem Anschluß bisher gewaltsam gehindert worden sind, streben jetzt augenscheinlich freiwillig in diese Staatengemeinschaft.

Am Wochenende den 10./11.2.1990 scheint die SU im Einvernehmen mit Polen entschieden zu haben, ihre Herrschaft und Teil der Kontrolle über Deutschland an die drei Westalliierten zu übergeben, weil sie die Kraft verloren hat, sie selbst auszuüben. Damit müssen sich auch die anderen osteuropäischen Verbündeten der SU in Richtung auf die USA/den Westen im "nationalen Interesse" umorientieren (Präsident Havel der CSR differenziert dabei wieder einmal am intelligentesten!)

Die Verträge, in die die BRD in den Westen eingebunden ist, sind m.E. ungleiche Verträge bei formaler Gleichberechtigung. Ihre Zwecke sind m.E. in folgender Abstufung:

- Die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft in(West-)Europa,
- die Mobilisierung bei gleichzeitiger Kontrolle des westdeutschen Potentials (Wirtschaft, Territorium, Bevölkerung, Militär) gegen die SU,
- die verschleierte unbegrenzte Reparationszahlungen Deutschlands an die westeuropäischen Siegermächte,

- zu allerletzt die Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebietes, eines großen Marktes,
- eher im Gegenteil und nur widerwillig so weit wie es aus ideologischen Verschleierungsgründen unumgänglich ist: Ausdehnung demokratischer Bürgerrechte und regionaler Vielfalt. (Das gesetzgebende Organ der EG ist der europäische Rat, der sich aus den Regierungsvertretern zusammensetzt. Hinter dessen Beschlüssen verstecken sich die Minister vor ihren nationalen Parlamenten und entziehen denen damit ihre parlamentarisch demokratischen Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten)

### Der Mechanismus der europäischen Verträge

Die europäischen Verträge und Vertragsabsichten haben in entscheidenden Teilen und Phasen ihren ungleichen Charakter gegenüber Deutschland (und z.T. den kleineren europäischen Ländern) bewiesen:

- Montanunions-Vertrag/Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschlossen 1951 während des Koreakrieges

Ziel war die Mobilisierung von Kohle und Stahl als damals noch entscheidender Faktor für die Rüstungsindustrie bei gleichzeitiger Kontrolle des Ruhrgebietes und der Macht der deutschen Schwerindustrie ohne das plumpe und unwirksame Mittel einer Ruhrbesetzung à la Frankreich 1923.

Die Mangelwaren Kohle und Stahl muß nach diesem Vertragswerk gleichmäßig an alle europäischen Nachfrager in den Unterzeichnerstaaten geliefert werden.

Seitdem die Kohle aber Überschußprodukt in Europa geworden ist, gibt es keinerlei Gemeinsamkeit mehr. Die BRD mußte bisher alleine Aufrechterhaltung der unrentablen Kohleförderung als Rüstungsindustrie ("Kohlepfennig" auf der Stromrechnung = "Rüstungsprozente") zahlen. Sollte die Kohle wegen irgend einer Krise aber in Europa wieder knapp werden, muß sie wieder an alle europäischen "Partner", die sich jetzt mit 1/3 so teurer Auslandskohle versorgen, gleichmäßig und zu gleichen Preisen geliefert werden. Seit Frankreich seinen Atomstrom nicht mehr los wird, soll Bonn allerdings auch die Kohlesubvention und damit die Kohleförderung einstellen, damit statt Kohlestrom importierter Atomstrom in Deutschland verbraucht wird.

Die Stahlproduktion soll nach dem EGKS-Vertrag nach den rationellsten Methoden hergestellt und die Produkte gleichmäßig verteilt werden. Seit der Stahlkrise in Westeuropa werden die Verträge durch die Staaten durch nationale Subventionspolitike ziemlich offen gebrochen. Das Lenken der Produktion auf die produktivsten Anlagen wird dadurch zu Lasten rationellerer Anlagen in Deutschland unterlaufen.

- Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und die Kontrolle des Militärs

Die Idee europäischer Streitkräfte, in denen deutsche Soldaten gleichberechtigt integriert sind, war die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft". Sie ist 1952 am Veto Frankreichs gescheitert. Die französische Nationalversammlung wählte dabei die büskeste Form indem sie auf Antrag zur Geschäftsordnung durch die Gaullisten sich mit dem Thema gar nicht befaßte.

Daraufhin wurden mit verschiedenen ungleichen Verträgen die Aufrüstung Westdeutschlands gegen den Osten und Kontrolle durch den Westen erreicht: Deutschlandverträge und Eintritt Deutschlands in die NATO. (1955). Die NATO war schon 1949 gegen ein wiedererstarkendes Deutschland gegründet worden. Die Erklärung der Souveränität der Bundesrepublik als gleichberechtigter freier Staat blieb Schein, der neben der Ideologie auch noch die völkerrechtliche Funktion hat, daß die BRD "freiwillig" und damit bindende Verträge schließen kann.

In wesentlichen Fragen insbesondere den Gummiparagraphen, daß die Alliierten das Sagen haben bei Fragen Deutschland als Ganzes betreffend und die Sicherheit der alliierten Streitkräfte betreffend blieben die alliierten Siegerrechte in Vertragsform bestehen. Während der Debatte um die Notstandsgesetze wurde behauptet, mit ihnen als nationalem Recht würden die alliierten Eingriffsrechte abgelöst und die Souveränität erst voll verwirklicht - was die Alliierten freilich flugs dementierten. Später beriefen sich die Amerikaner z.B. auf diese Eingriffsrechte, als ihnen die Entwürfe zu einer paritätischen Mitbestimmung in den Betrieben zu weit gingen.

Europäische Streitkräfte gibt es nun gar nicht. Alle deutschen Streitkräfte sind der integrierten Kommandostruktur der NATO unterstellt aber nur Kontingente der anderen Bündnispartner, Frankreich hat sich aus der integrierten Kommandostruktur ganz auch mit seinen in Deutschland stehenden Truppen zurückgezogen. Die alliierten Streitkräfte verlangen auf deutschem Boden exteritoriale Rechte, nach denen z.B. sogar kriminelle Handlungen von Angehörigen deren Streitkräfte gegen deutsche Staatsbürger von den Alliierten nach deren Recht gerichtet wird.

Alle Alliierten haben weiterhin nationale Machtstaatspolitik mit vielfachem Einsatz ihres Militärs, ohne die NATO-Partner oder gar die Bundesrepublik zu fragen. Z.T. nutzten sie dabei Militärbasen in Deutschland als Kriegsstützpunkte. Dagegen ist es ganz undenkbar, daß deutsche Truppen unter nationalen Interessensgesichtspunkten eingesetzt würden. *betrieben*

Weiterhin gelten prinzipiell die alliierten Kontrollen über die Kriegswaffenproduktion in Deutschland. Auf Antrag wurden zwar immer weitergehende Produktionserlaubnisse erteilt z.B. bei U-Boot-Größen aber es gibt keine Abschaffung dieser einseitigen Kontrollgesetze noch viel weniger eine kollektive Ausdehnung auf alle westeuropäischen Länder.

- Euratom-Vertrag 1957

Er enthält die Kontrolle der der Bundesrepublik nicht mehr vorzuenthaltenden Atomkraftwerke insbesondere über den Brennstoffkreislauf, damit die BRD nicht Atommacht werden kann. Dem sind die Atommächte natürlich nicht unterworfen. Die Alliierten verlassen sich durchaus nicht auf den einseitig ausgesprochenen Verzicht auf solche Waffen.

- Römische Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG 1958

Als die BRD seit kurzer Zeit wieder Zahlungsbilanzüberschüsse erreicht hatte, demonstrierte sie damit ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit in finanzieller Hinsicht, aber auch, ohne Zugeständnisse auf die Weltmärkte zurückzukehren. Der BRD wurden nun Zahlungsverpflichtungen und wirtschaftliche Verhaltensmaßregeln auferlegt (jahrzehntlang hieß es daher: der gemeinsame freie Markt findet allein in der Bundesrepublik statt) und ihr formal ein gleichberechtigter Zugang zu den Märkten der Vertragspartner und deren Kolonien und abhängigen Gebiete gewährt. (Vergleich: vor dem WK I gab es offene Grenzen für Menschen und lange Zeit für die meisten Waren in den meisten europäischen Ländern, ohne daß Deutschland einen Sonderbeitrag zahlen mußte). Diese überdurchschnittlich freie Konkurrenz in dem heimatlichen Markt hat wohl zunächst zu einer überdurchschnittlichen <sup>Stärke</sup> der deutschen Wirtschaft beigetragen.

Das Regelwerk der Ein- und Auszahlungen für die verschiedenen EG-Töpfe ist das geschickteste und aufwendigste zur Verschleierung der Absicht, permanente Reparationszahlungen zu gewährleisten, dabei aber

- o die Wirtschaftskraft und den Wehrwillen der Deutschen als Ressource gegen den Osten nicht zu untergraben und
- o die durch Dekolonisierungs- und Agrarkrisen bedrohten Herrschaftsstrukturen in den westeuropäischen Vertragsstaaten durch Zuführungen in den Staatskassen besser beherrschbar zu machen. (Frankreich: Algerienkrieg geht zu Ende 1958, Suez-Krieg gegen <sup>den Kanals</sup> Verstaatlichung verlor 1956 etc Belgien muß den Kongo als direkte Kolonie aufgeben)

Die ersten EG-Fonds sind Sozialfond und Entwicklungshilfefond. Mit ihnen wird die politisch soziale Unrast in den kolonialen Mutterländern beruhigt und die unrentierlichen Kosten für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Dominanz in den Kolonien getragen, die die alten Mutterländer nicht mehr die Kraft haben, allein aufzubringen.

Der bald zum mit Abstand - größten Topf werdende Agrarfond dient dazu, die Bauern und Grundbesitzer, die eine wesentliche Massenbasis und politische Stütze der kapitalistischen Ordnung und konservativen Regierungen sind zu unterstützen, obwohl die kapitalistische Weltmarktentwicklung dazu tendiert, sie zu enteignen. Exemplarisch ist dafür Italien, bei dem der grundlegende Klassenkompromiß zwischen der Bourgeoisie im Norden und dem Klientelsystem der Großgrundbesitzer im Süden dadurch gefährdet wurde, daß die Überschüsse aus der Land- und Agrarwirtschaft nicht mehr ausreichten, um das Klientelsystem aufrechtzuerhalten. Als Ersatz springt die staatliche Cassa per il Mezzogiorno ein, die auch aus EG-Agrarfondsmitteln finanziert wird.

Als reine Zollunion wird fast gleichzeitig mit der EWG die EFTA unter der Dominanz Englands gegründet, die unter dem Aspekt des Marktzugangs den deutschen Wirtschaftsinteressen auch schon gereicht hätte, da sie eine Zollunion entwickelte mit dem Abbau der Zölle untereinander bei freier Bestimmung der Zölle gegenüber Drittländern. Das damals noch dominierende Groß Britannien hatte es aber noch nicht nötig, große Konkurrenten in seinen Pfund-Sterling-Block zuzulassen, und glaubte, mit seinen weltweiten Aktivitäten noch nicht überfordert zu sein. Als Groß Britannien dann auch in die Dekolonisierungskrise geriet und seinen ersten Antrag auf EG-Beitritt stellte, wollte Frankreich die Reparationen Deutschlands noch nicht teilen und lehnte ab. Als Frankreich sich einigermaßen stabilisiert hatte und die deutschen Überschüsse weiter gestiegen waren, konnte auch GB und weitere EFTA-Staaten (Irland, Dänemark) durch Beitritt zu dem Topf zugelassen werden (bzw. mußte Dänemark mehr nolens seinem Hauptkunden GB folgen, um nicht seine Agrarexporte an den hohen EG-Agrarzöllen zu verlieren). Da nach den Regeln der Ein- und Auszahlungen, die scheinbar objektiv und gleichberechtigt sind, GB aber netto-Einzahler geworden wäre (insbesondere wegen der hochproduktiven englischen Landwirtschaft) und man kein neues Regelwerk mit dem gewünschten Ergebnis fand, wurde mit der schlichten Begründung "GB hat den WK II doch nicht verloren" entschieden, daß GB seine Überschuß-Einzahlungen am Ende jedes Jahres zurück-erstattet erhält.

Als die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft in Griechenland und Spanien für die USA immer teurer wurde (Die USA bezahlten ihre Subsidien über Pachtbeiträge für die amerikanischen Militärstützpunkte - während die BRD Stationierungskosten dafür an die USA zahlt) und als in Portugal die Dekolonisierungskrise dramatische Formen annahm, wurde diese Aufgabe im Sinne der transatlantischen Lastenteilung / "burdan sharing in der freien Welt" durch Beitritt in die EG den vornehmlich von der BRD gespeisten Fond anheimgegeben. Dafür wurde noch ein besonderer Mittelmeerfond geschaffen, nachdem schon ein Regionalfond in's Leben gerufen worden war.

Das System der Ein- und Auszahlungen in und aus den Fonds ist so flexibel, daß unter herrschaftsbedrohenden Umständen in der BRD durchaus auch mal Geld netto in die BRD fließen kann. Schon jetzt bekommen Bauern, Regionen - auch Bremen - und soziale Projekte in der BRD Gelder aus den EG-Töpfen. Insofern gibt es auch immer Nutznießer in der BRD davon, so daß sich kaum eine allgemeine Kritik an den prinzipiell negativen Salden bilden kann.

Die EG ist im Gegensatz zur EFTA mit der Ideologie angetreten, zu den vereinigten Staaten von Europa zu führen. Nach relativ kurzen Übergangsfristen sollten Mehrheitsentscheidungen im europäischen Rat gelten und die Kontrollrechte des europäischen Parlaments gestärkt werden.

Als der supranationale Automatismus sich erstmals gegen Frankreich richtete (Festlegung des Getreidepreises) sprengte de Gaulle die Verträge und zog seine Minister aus dem Rat zurück, bis Frankreich zugestanden wurde, daß es ein Vetorecht habe. Das gilt aber nicht für die BRD, das sich bei ähnlichen Fällen den Mehrheitsbeschlüssen gebeugt hat und ggf. zusätzliche nationale Subventionen an seine Bauern gezahlt hat.

Dem Europäischen Parlament ist trotz seiner Direktwahl nie eine nennenswerte parlamentarische Macht zugebilligt worden. Das gesetzgebende Organ ist nach wie vor der Rat der Minister, und das Haushaltsrecht beschränkt sich darauf, den Haushalt insgesamt abzulehnen - wonach die EG - Verwaltung aber weiter einnehmen und ausgeben im altem Umfang kann -, aber nicht Einzelpositionen von Einnahmen und Ausgaben zu beschließen. Die Kommission/Verwaltung in Brüssel ist auch nicht dem Parlament sondern dem Rat gegenüber verantwortlich und wird von ihm eingesetzt und erhält von ihm seine Aufträge. Indem der Rat Gesetzgebung und Regierung in einem ist, wird nicht einmal die parlamentarisch demokratisch rechtsstaatliche Gewaltenteilung gewahrt.

Die allgemeine Einbindung der Machtpolitik der souveränen Nationalstaaten auch nur in Westeuropa oder der EG ist nicht gelungen. Die internationalen Organisationen wie NATO, EG,

WEU usw' dienen neben der Zusammenfassung der Kräfte gegen die SU hauptsächlich der Kontrolle Deutschlands, damit das eine solche Politik wie die Nachbarstaaten besonders England und Frankreich nicht machen kann. Diese Kontrolle nur eines Staates durch die anderen ist relativ gut verschleiert, weil die USA relativ wenig kleinliche finanzielle Interessen \* verfolgen und mehr an der Mobilisierung der Ressourcen Deutschlands gegen den Ostblock interessiert war und mit dieser Absicht einenzu weitgehenden Zugriff Frankreichs verhinderte, weil das in Deutschland auch demobilisierend gewirkt hätte.

(\* Während des Vietnamkrieges haben die USA allerdings mit dem steigend überbewerteten \$ bei festen Wechselkursen und Aufhebung des Goldumtauschrechtes für die BRD (Frankreich hat \$ in Gold umgetauscht) einen erheblichen realwirtschaftlichen Beitrag von der BRD für die "Verteidigung der freien Welt" erhalten, der dann nach 1970 und 1975 bei Abwertung und Freigabe der \$-Wechselkurse und damit Abwertung der \$-Bestände bei der Bundesbank abgerechnet wurde.)

Neben der kollektiven Herrschaftsfunktion über Deutschland üben diese europäischen Institutionen und Organisationen auch Ordnungsfunktionen für die Zirkulation von Waren, Kapital und Arbeit aus (wie die Polizei ja auch sowohl Herrschafts- als auch Ordnungsfunktionen hat). Und dies dient im normalen Geschäft auch den daran beteiligten deutschen Unternehmen und Bürgern. Da die internationale Verflechtung der Arbeits-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalmärkte vortschreitet, werden diese Ordnungsfunktionen für alle beteiligten Unternehmen, Institutionen und Bürger wichtiger - also auch für die deutschen.

Die Behauptung allerdings, daß die bundesrepublikanischen Unternehmen wegen ihrer relativ starken Stellung auf den Waren- und Kapitalmärkten in Westeuropa diese internationalen Organisationen beherrschten oder gar sie ihretwegen geschaffen und weiterentwickelt wurden und werden, übersieht die in aktuellen Konfliktsituationen i sich immer wieder durchsetzende Ungleichheit der Verträge und Machtsituationen gegen die Bundesrepublik. (Man vergleiche nur, wie die USA internationale (Zahlungs-)Organisationen ihren Interessen unterordnet z.B. beim IWF, Weltbank, FAO, ILO, UNESCO, Welthungerhilfe etc., denen sie die Gelder sperrt oder austritt, wenn sie nicht die von ihr geforderte Politik verfolgen).

Der lang anhaltende Exportüberschuß der deutschen Außenhandelsbilanz, der zum nicht geringen Teil für Übertragungen an internationale Organisationen besonders die EG-Fonds aufgebraucht wird, ist insoweit kein Zeichen der Stärke sondern der Schwäche. Er ist das warenwirtschaftliche Gegenstück zu den finanziellen Strömen / Reparationen, zu denen sich die BRD verpflichtet hat. Diese zeigen deutlich, daß ständig in der BRD gearbeitet werden muß, ohne materielle Gegenwerte zu erhalten, um den Unternehmen und Bürgern eine einigermaßen gleiche Behandlung bei den Ordnungsfunktionen zu erkaufen. Eine Zahlungsverweigerung oder Austritt gibt es für die BRD nicht, über eine Senkung oder gar Streichung dieser Zahlungen entscheiden die Empfänger der Zahlungen im Verein mit den USA unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der dauerhaften Zahlungsfähigkeit der BRD.

Im übrigen sind es Gerüchte, daß die bundesrepublikanischen Unternehmen eine generelle und wachsende Stärke in Europa und der Welt hätten. Meines Wissens ist diese Auffassung mit der tatsächlichen Entwicklung nicht zu vereinbaren. Ohne das noch mal an Zahlen nachgeprüft zu haben, hat die BRD m.W. seit 1973 im Durchschnitt geringere Wachstumsraten der Wirtschaft als sonst in Westeuropa (ohne GB), so daß ihr Wirtschaftsanteil sinkt. Das gilt auch für wichtige Teilmärkte: Selbst bei der weltweit führenden deutschen Chemieindustrie nimmt der Vorsprung - trotz hervorragender Gewinne - ständig ab. Viele neue Bereiche werden von ausländischen Chemieunternehmen erfolgreich auf den Markt gebracht und deutsche Unternehmen kaufen sich dann teuer ein. Auch die Stahlindustrie kann ihre in den 60er Jahren einmal uerrungen Führungsrolle in Quantität und Modernität in Europa immer weniger halten. Auf der anderen Seite sind ganze Wirtschaftszweige mit einstmals bedeutendem deutschen Anteil fast völlig als deutsche Unternehmen verschwunden z.B. Kamera-, Kleinuhren-, Radio-, Fernseh- und Musikgeräteproduktion. Auch beim Fusionieren zu weltweiten Konzernen stehen die deutschen Unternehmen trotz spektakulärer Fälle durchaus nicht an der Spitze (dabei ist der wirtschaftliche Wert solcher Vorgänge auch eher zweifelhaft). Auch in der Hit-Liste der größten Unternehmen kommen die deutschen nicht voran. Diese Relativierung der Position der deutschen Wirtschaft in Westeuropa gilt in noch stärkerem Maße in der Welt, in der nicht nur Japan sondern auch Schwellen - Länder wie

Singapur, Taiwan, Hongkong, Südkorea, Thailand und einige Entwicklungsländer wie Brasilien, Weltmarktanteile wenn auch nicht kontinuierlich gewinnen. Sogar die ob ihres Haushalts- und Außenhandelsdefizits und ihrer Auslandsverschuldung immer wieder geschmähten USA hat seit 1970 mehr Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze mit durchschnittlich höherer Produktivität neu geschaffen (ca. 35 Millionen) als es in der BRD überhaupt Erwerbstätige (ca. 28 Mio) gibt. Darunter sind durchaus durchschnittlich viele auch in produktiven Sektoren entstanden z.B. bei der Computer- und Softwareherstellung, für neue chemische Produkte, Gentechnik, Solarzellen, Lasertechnik aber auch Sportschuhe und hat u.a. damit gegenüber der EG wieder einen Außenhandelsüberschuß erreicht wobei auch das Defizit gegenüber der BRD wieder abnimmt.

Die deutsche Einigung innerhalb dieser internationalen Struktur

Seitdem die deutsche Einigung eine reale Möglichkeit geworden ist, dreht sich im Ausland die Diskussion darum, wie das dann vermutlich wachsende deutsche Potential von den Siegern im Westen ausgenutzt, kontrolliert und gesteuert werden kann. Die Formeln dazu werden aus irgendwelchen Begriffen des Internationalismus zusammengesetzt wie Bauen am "europäischen Haus", Beschleunigung des europäischen Einigungsprozeß', KSZE-Prozeß, Stabilitäts- und Sicherheitspartnerschaft usw.. Es dreht sich dabei aber immer nur um Deutschland. Nirgendwo wird auf der politischen Bühne der Gedanke vorgebracht, daß auch die militärischen und wirtschaftlichen Potentiale Englands und Frankreichs friedlich eingebunden und für die Entwicklung Europas genutzt werden könnten. Deren nachkolonialen Kriege bzw. bezahlten Stellvertreterkriege (Malvinas, Nigeria, Tschad, Libanon usw) deren Atombomben, deren systematische Bruch von Menschenrechten in Nordirland, gegenüber farbigen Briten und Franzosen und von demokratischen Grundrechten z.B. beim Versenken des Green-Peace Schiffes, durch systematisches Belügen der Öffentlichkeit und der Gerichte etc sind scheinbar keiner Beobachtung und Kontrolle zum Beispiel im Zuge eines KSZE-Prozesse wert. Frankreich ist bei der Forderung nach einer europäischen Währungsunion auch nicht bereit, seine nationale Währungshoheit aufzugeben. England lehnt eine Währungsunion ohnehin ganz ab genauso wie jede andere Art seiner souveränen Willkür; das hat es gerade mal wieder bewiesen, als

es den Beschluß der europäischen Außenministerkonferenz zu Sanktionen gegenüber Südafrika sofort höhrend durchbrach.

Da die äußere Bedrohung durch die SU, wenn sie jemals bestanden hat, weggefallen ist, die Herrschaft der Bourgeoisie wegen der Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung nirgendwo in Europa gefährdet ist (auch die sozialistischen Theorien, die sich vom "real existierenden Sozialismus" abgrenzten, sind in den Strudel dessen Untergangs mit hineingezogen worden), muß ein Grund gefunden werden, weswegen die USA weiterhin in Europa bleiben sollen/wollen und ebenso die Truppen England und Frankreichs. <sup>in Deutschland</sup> Der Dreh- und Angelpunkt dafür ist die angebliche "Deutsche Gefahr" und die Stabilität und Sicherheit und <sup>das</sup> Gleichgewicht Europas. Diese angebliche Gefahr wird von den Regierungen jetzt wieder aufgebauscht, obwohl die Völker nach allen Umfragen mit großer Mehrheit daran nicht mehr glauben und die realen Grundlagen für eine solche Gefahr praktisch verschwunden sind: Die Fähigkeit zur Weltmacht hat auch ein vereinigtes Deutschland keinesfalls mehr und das bildet sich auch niemand ein. Das deutsche Potential ist auch einschließlich einer nach oben angepaßten DDR-Wirtschaft relativ zu den Nachbarn im Vergleich zu den Vorkriegszeiten kleiner geworden. Das gilt sowohl für das Territorium (-25% gegenüber 1937) als auch für die Bevölkerung, die heute mit zusammen 77 Mio überalterten Menschen relativ weniger sind als 80 Mio vor dem Kriege gegenüber damals jeweils ca. 40 Mio und heute jeweils ca 60 Mio Franzosen, Engländern und Italienern. Auch hat die deutsche Bourgeoisie nach zwei Niederlagen offensichtlich gelernt, daß nicht Herrschaft über Rohstoffmonopole (Parole "Platz an der Sonne"- ist heute kein imperialistischer sondern ein touristischer Slogan) oder über Land ("Volk ohne Raum") sondern Wissen und Produktivität die Grundlagen für dauerhaften Profit sind. Überdies sind die großen Unternehmen besonders die einflußreichen Banken nach allen Maßstäben keine nationalen mehr sondern multinationale, deren Eigentümer und deren Gewinne und Verluste nicht mehr allein von einzelnen nationalen Strategien dirigiert werden können oder abhängen.

Demgegenüber glauben oder verbreiten viele Linke , daß die

deutsche Bourgeoisie einen besonders aggressiven Nationalcharakter hätte, der weiterhin allein mit Hilfe der Alliierten niedergehalten werden könne. (Sie sind damit Opfer des Traumas, daß die scheinbar stärkste Arbeiterbewegung so katastrophale Niederlagen hat hinnehmen müssen und des sich daraus ergebenden Minderwertigkeitskomplexes gegenüber einer scheinbar im nationalen Rahmen nicht zu bändigenden übermächtigen Rechten wodurch sie auch vermeiden können, die Fehler bei sich selber zu suchen, die zur Niederlage geführt hat.). Damit verfolgen diese Linken inhaltlich die gleiche Politik wie die Kreise, die sich während des WK II den Alliierten und danach der Besatzungs- und Entnazifizierungspolitik zur Verfügung gestellt haben, um die Nazis mit fremder Hilfe zu bekämpfen.

Die jetzt vom Westen zu konzipierende Politik gilt aber gar nicht der "Deutschen Gefahr" sondern den Zielen,

- die kapitalistische Wende in Osteuropa abzusichern,
- die SU als potentielle Weltmacht dauerhaft zu isolieren und möglichst zerfallen zu lassen,
- die kollektive Kontrolle über die deutschen Ressourcen auf Dauer aufrecht zu erhalten.

Deswegen soll auch ein Friedensvertrag mit Deutschland möglichst vermieden werden, weil mit ihm die SU dauerhaft als Garantiemacht in Europa einbezogen würde und ihr weitere Reparationszahlungen zuständen. Anstelle dessen soll mit einseitigen Erklärungen der Staaten oder gemeinsamen Erklärungen ohne bilaterale vertragliche Bindungen gegenüber der SU z.B. auf einer KSZE-Konferenz der angestrebte Zustand formell erklärt werden. Weil dann allein der Westen mit seinen Kontrollmöglichkeiten über Deutschland im Rahmen von NATO, EG, WEU, Europarat usw. die Sicherung der Grenzen und die Reparationszahlungen oder wie immer sie genannt werden garantieren kann, müssen sich die osteuropäischen Länder auch vertrauensvoll an den Westen wenden.

Wirtschaftlich soll ganz Osteuropa westlich-kapitalistisches Wirtschaftsgebiet werden. Es zu durchdringen sieht die westliche Wirtschaft eine gewisse Chance - allerdings in Abstufungen beginnend bei der CSR und DDR über Ungarn und Jugoslawien und zuletzt in Polen, Bulgarien und Rumänien. Die dafür aufzubringenden nicht unmittelbar rentierliche Kosten (z.B. Infra-

struktur ..) soll weitgehend Deutschland aufbringen, soweit sie nicht - zum größten Teil - aus einer gesteigerten relativen und absoluten Ausbeutung in den Ländern selbst die Mittel aufbringen (inwiefern solche selbst erwirtschafteten Mittel, die in Infrastruktur investiert werden, als Ausbeutung zu bezeichnen sind, hängt allerdings davon ab, ob sie der Entwicklung der Bevölkerung dienen, die die Mittel aufgebracht hat, oder der Entwicklung ausländischen Kapitals. ) Deutschland soll aber durch seine Zahlungen nicht für sich abhängige Wirtschaftsgebiete erhalten sondern soll damit solche für alle interessierten Kapitalien der westlichen Welt schaffen. Der EG-Entwicklungshilfefond, der IWF und die Weltbank sind dafür vorbildliche Institutionen. Denehentsprechend ist z.B. schon eine osteuropäische Entwicklungsbank beschlossen worden, in die Deutschland am meisten einzahlen soll, in der aber z.B. die USA bei relativ geringen Einzahlungen ein Vetorecht beansprucht. Die gewendeten osteuropäischen Länder haben es anscheinend auch lieber mit einem kollektiven Topf als hauptsächlich mit Deutschland als Hauptzahlmeister bzw. -kreditgeber zu tun und befürworten daher die Unterordnung Deutschlands unter die USA, NATO, EG usw.. Für diese Politik kann der Hitler-Stalin-Pakt auch gut als historische Erfahrung vorgezeigt werden, denn in ihm vereinigt sich alles, was sie glücklicherweise überwunden haben. Aber ist die Zukunft wirklich die Gefahr, daß sich ein souveränes Deutschland mit einer SU zu Lasten der dazwischen liegenden europäischen Ländern einigt? Oder wird nicht gerade eine solch Gefahr erst wieder heraufbeschworen, dadurch daß die SU jetzt wieder isoliert wird und Deutschland auf ewig unter Kuratell gestellt werden soll?

Die Zahlungsfähigkeit des vereinten Deutschlands ist dabei das Zentrum der Politik. Alle gemeinsam wollen bestimmen, wieviel Deutschland in einen europäischen Topf zahlt und wer was und wieviel daraus erhält. Die Westeuropäer mit ihren alten Anrechten wollen natürlich nicht übermäßig zugunsten der Osteuropäer geschmälert werden. Da Deutschland nicht völlig ausgesaugt werden will, braucht es auch die USA, die vielleicht wie bisher darauf achten, daß ihr Hauptvasall in Europa nicht allzusehr geschwächt wird. Dem Ziel dieser Feinabstimmung dienen wohl die Geheimgespräche.

zwischen dem amerikanischen Finanzminister Brady und den Deutschen Waigel (Finanzminister) und Pöhl (Bundesbankpräsident), die anschließend durch eine Rundreise von Brady bei den Kollegen in Frankreich und England ergänzt werden. Diese Verhandlungen, über deren Gegenstand im einzelnen und erst recht nichts über deren Ergebnisse verlautete, haben am 23.2.1990 stattgefunden, wobei nicht einmal der Ort genannt wurde (Meldung der SZ am 24.2.) und traten völlig hinter die ins Rampenlicht getauchten Gespräche des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten zurück, wovon eigentlich nur die diplomatische Geste zu nennen ist, daß der Bundeskanzler erstmals zu einem "Privatgespräch" nach Camp David eingeladen wurde und die Sprachregelung, wie die weitere Anwesenheit der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland begründet werden soll: *Der Feind ist Unsicherheit und Unstabilität.*

Die jetzt angestrebte europäische Ordnung soll nach den jetzt erkennbaren Diskussionen eine kollektive Bestimmung über Deutschland werden und nicht eine gleichberechtigte und offene gegenseitige Verpflichtung aller Staaten, mit der die souveräne Machtpolitik der Nationalstaaten nach außen und die politisch, regionale, kulturelle Unterdrückung nach innen überwunden wird. Die Mehrheitsparteien in Deutschland folgen im vorausseilendem Gehorsam mit ihren Hilfsangeboten an alle osteuropäische Staaten bei gleichzeitiger Versicherung ihrer Zahlungsverpflichtungen an die EG dem alten Adenauerschen Politikmuster: Staatliche Zahlungen von allen <sup>Deutschen</sup> aufgebracht für den Zugang zu und der ordnungsrechtlichen Gleichbehandlung auf den Weltmärkten. Vielen Westdeutschen wird es jetzt schon ängst und bange, wenn sie die entsprechenden Reden der Politiker allein über Hilfen an die DDR hören.

In solch einer europäischen Siegerordnung ist der Keim des Revanchismus schon angelegt. Im Fall einer Wirtschaftskrise wollen die Deutschen dann möglicherweise diese Ordnung wieder abschütteln und dann zurück zu dem Status des souveränen Nationalstaates, den die Siegermächte ja auch weiterhin für sich beanspruchen. Sollte nach Einführung der DM in der DDR die zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit und Verschärfung der Armut für viele nicht schnell durch einen viele Arbeitsplätze schaffenden

Aufschwung überwunden werden, so kann sich ein solcher Nationalismus leicht lautstark melden. Dann werden die jetzt schon polenfeindlichen Ostdeutschen und durch die neuen Reparationen belasteten Westdeutschen lauthals fragen, wieso so viel deutsches Geld in andere Länder fließt und nicht für Arbeitsplätze, Wohlstand und Entwicklung in Deutschland bleibt. Dann ist die Perspektive der Überwindung des Nationalismus durch einen gleichberechtigten Internationalismus im bürgerlichen, demokratischen europäischen Rahmen auch noch kaputt (nachdem ein sozialistischer Internationalismus bestenfalls noch Stoff für Witze in Radio Eriwan abgibt aber keine Perspektive mehr ist.)

Mögliche Gegenpositionen zu den gefährlichen Entwicklungen:

Wir sollten dagegen jetzt überlegen und fragen, wie eine gleichberechtigte Friedensordnung in Europa und nicht nur über Deutschland gefunden werden kann. Es müßten jetzt Regelungen angestrebt werden, in der alle europäischen Staaten gegenseitig Verpflichtungen eingehen unter Einschluß der SU, die ständige demokratische Änderungen möglich machen, bei denen auch regionale Wünsche und Besonderheiten sich ausprägen und verwirklichen können aber kriegerische Austragung von Konflikten weder möglich noch notwendig werden. Dazu gehört eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit nicht nur der Bundeswehr sondern auch der Streitkräfte besonders von Frankreich und England also u.a. auch deren atomare Abrüstung.

Die KSZE, die vom Herkommen her eher eine Propagandaveranstaltung gegen den Ostblock war, könnte zu einem Modell kollektiver Verpflichtungen werden, in der die Nationalstaaten durch inhaltliche Bindungen nach innen und außen langsam überwunden werden. Abrüstungsschritte müßten dann mit dem Aufbau kollektiver Sicherheitsorgane verbunden werden, die an die übergeordneten KSZE-Prinzipien als unmittelbar geltendes Recht gebunden werden (wie ja auch schon die BRD die UN-Menschenrechtdeklaration u.a. als unmittelbares Recht anerkennt) und nicht nur an nationales Recht z.B. könnten solche Ordnungskräfte helfen, den nationalen und regionalen Streit in Jugoslawien zu befrieden. In einem Friedensvertrag unter Einschluß der SU könnten Abrüstungsschritte unter Einbeziehung der atomaren Streitkräfte in Europa vereinbart werden, was die US-Streitkräfte in Europa überflüssig machen würde.

Europa soll sich dabei auch nicht zu einem neuen großen Nationalstaatsratz entwickeln mit gleichem Gewicht wie die anderen Großmächte. Die zur Schwächung Westdeutschlands erfundene föderale Struktur der BRD, die ihr aber zur Stärke gereicht ist, mit ihren starken aber meist relativ willkürlich konstruierten Bundesländern könnte Anlaß zu neuen Strukturüberlegungen für Europa geben:

- Die Bildung oder der Zusammenschluß von Regionen mit Selbstverwaltung in Europa wird frei und zwar unabhängig von überkommenen Nationalstaatsgrenzen. Es können dafür Mindestgrößen nach Fläche und Bevölkerung festgelegt werden. Welcher Anlaß diese Regionalbindung und Gruppierung hat, bleibt den Beteiligten überlassen (z.B. traditionelle Gründe wie Sprache, Religion, Steuer und Wirtschaftspolitik oder auch neue Gründe wie z.B. solche des Umweltschutzes). Minderheitenschutz muß dabei immer gewährleistet bleiben. Die "Republik freies Wendland" oder die "atomwaffenfreien Zonen" waren demonstrative symbolische Vorformen solcher Möglichkeiten. In der Realität gibt es bei der kommunalen Selbstverwaltung schon solche wesentlichen regionalen Unterschiede wie z.B. bei den Wahlordnungen und dem Verwaltungsaufbau. Dieser wird den Kommunen aber einheitlich von den Ländern oder den Zentralstaaten vorgeschrieben. Warum können die Kommunen nicht selbst frei darüber entscheiden? Auch die sachlichen Unterschiede z.B. im Schulsystem bei Wahlfreiheit der Eltern/Kinder wird immer größer. - und das, obwohl das einheitliche Grundschulsystem Jahrzehnte lang ein wesentliches Merkmal des unitarischen Nationalstaates war. Also können Kommunen oder andere regionale Einheiten auch über ihr Wahlsystem oder Personengruppen über ihr Schulsystem entscheiden. Dabei müssen allerdings grundlegende Mindestbedingungen gewährleistet werden.

- Gerade bei großen, bei uns privilegierten, den lokalen Einheiten entzogenen Planungen (z.B. Bundesverkehrswege, Atomkraftwerke, Bundeswehreinrichtungen etc.pp), bei denen es nur eine Anhörung der Betroffenen gibt, könnte in weitem Maße ein Entscheidungsrecht der Betroffenen erreicht werden. Insofern müßten vermehrt plebiszitäre Elemente aufgenommen werden, wie sie auch in der Schweiz auch über Infrastrukturprojekte z.B. Straßen- und Straßenbahnbau möglich sind. Die Grenzen plebiszitärer Entscheidungen liegen in der Garantie der allgemeinen Menschen-, Bürger- und Minderheitenrechten.

- Für die deutsche Einheit bedeutet das:

- o Über die Einheit muß in beiden Staaten mit einer Volksabstimmung abgestimmt werden - und nicht ein Anschluß der DDR oder ihrer Länder über den Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen werden.

(Ebenso undemokratisch wäre es, mit Appell an andere Mächte -Alliierte, ehemalige Kriegsgegner- einen Weg der Macht zu suchen, um den zu vermutenden Willen zur Einheit im Vorfeld abzublocken bzw. einen solchen Vorgang zu begrüßen.)

- o Es ist eine neue Verfassung auszuarbeiten, in die im staatlichen Bereich basisdemokratische und plebiszitäre Elemente und im wirtschaftlichen Bereich genossenschaftliche Möglichkeiten verstärkt aufgenommen werden sollen. (Inhaltliche Staatszielbestimmungen wie z.B. Umweltschutz, Recht auf Arbeit usw. sind hier nicht mein Thema).
- o Im hier behandelten Bereich der staatlichen Einheit und der internationalen Beziehungen sollten die Möglichkeiten des Beitritts zum Bund mit Verfahren für den Austritt aus dem Bund korrespondieren. Ebenso wie die Möglichkeit der Abgabe von Souveränitätsrechten an internationale Organisationen zulässig sind, sollten sich regionale Einheiten zentralstaatliche Kompetenzen wieder aneignen können. (Aus bitterer Erfahrung wird gegenwärtig in der SU über Verfahren nachgedacht, wie Republiken aus der SU austreten können, denn das gehört auch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.) Wenn ein zu erwartender Einigungsbeschluß im späteren Verlauf zu ungewollten Ergebnissen für Teile der Republik führt, so sollen die Teile das Recht erhalten, diesen Schritt ganz oder teilweise rückgängig zu machen.

(Es ist z.B. denkbar -s.u. - daß eine erreichte Einheit auf beiden Seiten so viele Nachteile und Enttäuschungen hervorbringt, daß sich in einigen Gebieten eine eigene Identität erst dann sichtbar herauschält. Ein nationales Selbstbewußtsein einiger Völker hat sich im vorigen Jahrhundert erst im Ausland in der Diaspora herausgebildet. Die zu Hause selbstverständlichen Werte und Haltungen wurden erst in fremder Umgebung bewußt und wurden dann gepflegt und entwickelt. Der DDR-Bevölkerung mögen die Verhaltensweisen in einem kapitalistischen Gesamtdeutschland so fremd bleiben und die Ergebnisse so nachteilig werden, daß sie sich auf Werte zurückbesinnen, die sie als

Notlagenkommunikation zunächst gerne aufzugeben bereit waren, nach deren Verlust sie aber wieder zurückgewinnen wollen. Wenn die erwartete Arbeitslosigkeit zur realen Erfahrung wird, werden wie im Kapitalismus üblich die Opfer zu Schuldigen gestempelt. Dann werden wohl die Ostfriesenwitze auf Ostdeutsche umgemünzt; dann werden sich Soziologen finden, die nachweisen, daß die Dagebliebenen die immobilen, wenig flexiblen, leistungsgeminderten, mental schwachen etc. sind. Dann werden ihnen die von Westdeutschland mitbezahlten sozialen Leistungen vorgehalten und eine Mentalität wie auch in Entwicklungsländern unterstellt, daß sie mit weniger dafür aber sozialer Geborgenheit eben zufrieden seien ... Dagegen werden sich Trotzreaktionen zeigen, den Westdeutschen oberflächlicher Materialismus, Ausbeütermentalität angehängt oder wie immer so etwas ablaufen kann)

- o Die Neugliederung des Bundes müßte nach sachlichen und räumlichen Gesichtspunkten mit plebiszitären Verfahren bedeutend erleichtert werden und sich nicht nur auf die vorhandenen Bundesländer beziehen. Dies gilt langfristig auch als innenpolitisches Ziel für Europa.

Gerade wer mit basisdemokratischen Forderungen, sei es auf staatlicher oder wirtschaftlicher Ebene, sein grundsätzliches Vertrauen zu demokratischen Volksbewegungen bekundet, sollte darauf setzen, daß das Volk aus den Erfahrungen mit der Eini-gung praktische Folgerungen zieht, die nicht zu unitarischen Nationalstaaten sei es als Weltmacht Europa oder zurück zu Großmacht Deutschland führen, sondern zu einer Vielfalt freier Bürger, die einen immer größeren "Markt der Möglichkeiten" in der Realität schaffen, in dem sie sich selber weiterentwickeln.

## E I N Z E L F R A G E N

Führt ein Anschluß der DDR an die BRD nicht doch zu einer erheblichen Stärkung des westdeutschen Kapitals?

Ein Anschluß der DDR mit Währungs- und Wirtschaftsunion kommt eher einer Kolonisierung der DDR gleich. Alle kolonialen Mutterländer haben aber wegen der leichten kolonialen Extraprofite für die Einzelkapitalien so lange auf die Weiterentwicklung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verzichtet, bis es zu schweren Anpassungskrisen gekommen ist. Zur Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals/ zu kapitalintensiven Rationalisierungsmaßnahmen muß das Kapital augenscheinlich durch Konkurrenz gezwungen werden, und es weicht wenn möglich lieber in kapitalsparende Investitionen und Aneignung von Monopolprofiten aus. Würden Unternehmen auf gegebener technischer Stufenleiter ggf. unterstützt von Subventionen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR tätig (die Maschinenbörse des DIHT für Gebrauchtmaschinen, die in die DDR verkauft werden sollen, ist darauf ein Hinweis) und dort entsprechende Waren absetzen, so hätten sie kurzfristig Aussicht auf riesige Gewinne, denn all ihr schon abgeschriebenes Wissen und ihre abgeschriebenen Maschinen könnten sie noch einmal oder in größerem Maßstab als berechnet/geplant verwerten. Langfristig fielen sie aber hinter die sich intensiv weiterentwickelnde Konkurrenz zurück. Darüber hinaus wird Gesamtdeutschland für die Einigung erhebliche zusätzliche Zahlungen/Reparaturen leisten müssen und damit wird die Entfaltung seiner Potentiale gehemmt.

Die möglichen Folgen einer schnellen Wirtschafts- und Währungsunion? Neues Wirtschaftswunder auf dem Gebiet der DDR oder Krise und Verelendung?

Während west- und neue ostdeutsche Politiker vom neuen Wirtschaftswunder bei Einführung der ~~DDR~~ reden und die Chancen in höchsten Tönen ausmalen, warnen westdeutsche Banker, Wirtschaftsführer und Wirtschaftswissenschaftler sowie alte ostdeutsche Politiker

vor einer schnellen Einführung (siehe Ablichtungen). Aber indirekt geben auch die Optimisten zu, daß die Arbeitslosigkeit große Ausmaße annehmen wird (und ich füge hinzu: auch im Westen - siehe Bremen). aber durch ein Wirtschaftswunder, viele neue kleine Unternehmen und Umstrukturierung schnell wieder abgebaut werden wird.

In der Welt existieren viele Volkswirtschaften gleichzeitig nebeneinander, die mit völlig verschiedenen durchschnittlichen nationalen Produktivitäten arbeiten. Auch die Volkswirtschaften, die weniger produktiv als die Spitzenreiter sind, können sich halten und entwickeln. Ein wesentlicher Schutz davor, von den produktiveren Volkswirtschaften/ Unternehmen niederkonkurriert zu werden, stellt die eigene Währung dar, wenn sie die relativen Produktivitätsunterschiede ausdrücken kann, also jeweils anpassen kann. Wenn dieser Schutz wegen einer Währungsunion - hier Übernahme der DM in die DDR-Wirtschaft - oder starrer falscher Wechselkurse fällt, sind die unproduktiveren Teile den produktiveren schutzlos ausgesetzt. (Zoll und andere Handelshemmnisse werden hier nicht berücksichtigt).

(Ein massives historisches Beispiel ist die Vereinigung Italiens 1861. Die relativ starke Unterentwicklung Süditaliens entwickelte sich erst nach der Vereinigung. Die damals durchaus in Süditalien vorhandenen und mit Norditalien fast gleichstarken gewerblichen Ansätze erlagen erst nach der Vereinigung der nördlichen Konkurrenz. Erst nach der Einigung entwickelte sich die Produktivität der nördlichen Landwirtschaft rapide und die im Süden verfiel. Erst danach setzte die ungeheure Welle der Auswanderung der Süditaliener nach Norden, in die USA und schließlich nach Nordeuropa ein.)

Dieser konkrete historische Fall belegt die allgemeine wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die Klaus Busch anfang der 70er Jahre entwickelt hat. Ich versuche hier diese Theorie mit auf unseren Fall BRD/DM zu DDR/M leicht abgewandelten Beispielen wiederzugeben:

Vorausgesetzt sei die theoretische Annahme, daß eine Währungseinheit eines Landes - in unserem Beispiel der USA mit 1\$, der BRD mit 1DM und der DDR mit 1M - dem Gegenwert eines Arbeitstages entspricht, d.h. dem Produkt, das ein Arbeiter an einem Arbeitstag mit landesüblicher durchschnittlicher Intensität und Produktivität der Arbeit geschaffen hat. Demnach wäre ein "gerechter Tausch" auf dem

Weltmarkt der Währungen: 1\$ zu 1DM zu 1M, weil damit ein Arbeitstag eines Arbeiters in einem Land gegen einen Arbeitstag eines Arbeiters im anderen Land getauscht würde.

Nun produziert ein Arbeiter in den unterschiedlichen Ländern aber an einem Arbeitstag unterschiedliche Mengen von Waren, weil die Produktivität und Intensität der Arbeit unterschiedlich ist. Setzen wir einmal die Intensität der Arbeit und die Qualität der Produkte gleich und gehen nur von unterschiedlichen Produktivitäten aus und betrachten den theoretischen Fall, daß drei oben genannten Länder drei Waren für den Weltmarkt mit unterschiedlichen Produktivitäten produzieren. (Andere Voraussetzungen sind u.a., daß die Waren alle gebraucht werden, und jede Volkswirtschaft die gesamte Nachfrage des Weltmarktes mit gleichbleibenden Kosten decken kann. Solche unrealen theoretischen Konstruktionen können aber zur Verdeutlichung eines Prinzips gemacht werden). Dabei gibt der Währungsbetrag die Dauer in Arbeitstagen an, die in jedem Land zur Produktion einer einheitlichen Menge von Waren nötig ist.

	USA	BRD	DDR	
	\$	DM	M	= Arbeitstage
1 Auto	50	110	180	
1 t Farben	25	40	66	
1 t Süßigkeiten	10	22	24	

Wird nach obiger Voraussetzung 1\$ gegen 1DM gegen 1M getauscht und kauft jeder da, wo es am billigsten ist, so hat das zunächst zur Folge, daß die US-Anbieter in allen Warengruppen am billigsten sind und alle in den USA deren Produkte kaufen. Um sie kaufen zu können braucht man in Deutschland Dollars, kauft also \$ und verkauft deutsche Währungen. Keiner kauft aber deutsche Währungen. So steigt wegen der hohen Nachfrage der Kurs des \$ und es fallen die Kurse der deutschen Währungen. Wenn das Verhältnis \$: DM : M folgende Kurse erreicht hat 1\$ : 2DM : 3M, kann man für die Weltwährung \$ nun die Waren zu folgenden \$-Preisen kaufen:

	USA	BRD	DDR	in der DDR bei Kurs 1DM : 1M
	\$	\$	\$	\$
1 Auto	50	55	60	90
1t Farbe	25	20	22	33
1t Süßigkeiten	10	11	8	12

Nach dieser Wechselkursanpassung können die USA auf dem Weltmarkt nur noch Autos, die BRD nun Farben und die DDR Süßigkeiten absetzen, obwohl die USA in allen drei Branchen am produktivsten und die DDR in allen drei am unproduktivsten ist.

Wird jetzt trotz des vorhandenen Produktivitätsgefälles zwischen BRD und DDR die DM in der DDR eingeführt als alleiniges Zahlungsmittel, unterliegt die DDR wirtschaftlich in allen Wirtschaftsbereichen und kann gar nichts mehr verkaufen. Unter dem Schutz einer eigenen Währung in der DDR könnte sie mit eigenen Produkten selbst dann auf dem Weltmarkt konkurrieren, wenn sie zwar weniger produktiv als Konkurrenzprodukte aus anderen Ländern aber produktiver als der Durchschnitt ihrer eigenen volkswirtschaftlichen Produktion hergestellt werden - dann tauscht sie aber mehr eigene Arbeitstage gegen weniger Arbeitstage aus den produktiveren Ländern (Daraus erklärt sich die manchmal unglaublich billigen Preise von wenigen Produkten aus Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt - und den dort so langen nötigen Arbeitszeiten). Unter solch einem Währungsschutz könnten sich in der DDR möglicherweise spezialisierte hochproduktive Wirtschaftsbereiche entwickeln, mit denen sich die DDR später auch ohne Wechselkursschutz auf dem Weltmarkt erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung einklinken kann, wobei sich die Mark der DM im Kurswert angleichen oder in ein stabiles Austauschverhältnis geraten kann bei gleichem Wohlstand der Bürger durch gleiche Produktivität. Dann könnte auch ohne größeren Schaden ein Umtausch/eine Währungsunion stattfinden - wobei aber immer noch sektorale Anpassungsprozesse ausgelöst würden.

Die gegenwärtigen relativ wenig rationellen Produktionsbedingungen in der DDR sind historisch entstanden, und die BRD und der Westen haben ihren Anteil an dieser historischen Situation. U.a. hat der Westen eine Embargopolitik gegenüber dem RGW praktiziert. Unter Führung und auf Druck der USA durften westliche Länder keine "strategischen" Produkte auch nicht mittelbar in die RGW-Länder ausführen. Die BRD hat in eigener Initiative ihre Wirtschaftsbeziehungen als Druckmittel gegen die DDR genutzt. Beides hat die DDR und den RGW zu einer Autarkie - Wirtschaftspolitik gezwungen. Die DDR nannte das "Störfreimachung". Alles und jedes mußte selbst entwickelt und hergestellt werden. Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen verteilten sich aber dann auf geringere

Stückzahlen und rentierten sich entsprechend weniger. Gegenwärtig produziert die DDR zwar viele Spezialitäten aber wohl keine mit BRD-durchschnittlicher Produktivität. So werden mit ca. 0,3% der Beschäftigten im Weltmaschinenbau 80% der verschiedenen Maschinentypen, die in der Welt angeboten werden, in der DDR auch hergestellt - natürlich mit niedriger Produktivität. So hat das kleine Land riesige Anstrengungen in der Halbleiter- und Computerindustrie unternommen, weil deren Produkte fast alle auf der Cocom-Embargoliste des Westens standen, aber natürlich mit auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähigen Ergebnissen ( was die westeuropäischen Konzerne wie Siemens und Phillips offensichtlich auch nicht schaffen). Andererseits werden Produkte für den Weltmarkt und nicht nur für den Osten hergestellt wie z.B. die Kameras "Praktika", Möbel für Ikea, Textilien, Schiffe usw., die aber alle nur mit einer niedrig bewerteten Mark weiter verkauft werden können.

Wenn diese Schutzwirkung wegfällt, brechen tendenziell alle Betriebe, die einem internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt werden, in der DDR zusammen und keiner hat Zeit, sich für den Weltmarkt zu spezialisieren und seine Produktivität zu erhöhen. Jeder weiß, daß es unter der DM keine Kamerawerke mehr in der BRD gibt (Verlustbringer Leica und Minox ausgenommen) und aller Schiffbau subventioniert werden muß. Es fehlt den DDR-Betrieben auch an liquiden Mitteln und stillen Reserven, um eine Anpassung selbst zu finanzieren, denn sie mußten ja alle (Devisen-)Einnahmen und Überschüsse an die zentralen Planstellen abführen, die dann auf Antrag und nach Plan solche Mittel den Betrieben wieder zuteilten. Darüber hinaus würden die Exportbeziehungen in den Ostblock, die bisher im Tauschhandel über Verrechnungsrubel abgewickelt wurden, nun von den östlichen Handelspartnern zusätzliche harte Devisen erfordern, die sie nicht haben bzw. wenn sie sie haben/bekommen für entsprechend hoch entwickelte Waren auf den westlichen Märkten ausgeben.

Im Fall einer Wirtschafts- und Währungsunion würden westliche Investitionen in neue Betriebe in der DDR wohl zu Kathedralen in einer Wüste von Arbeitslosigkeit. Die daraus entspringenden Einkommen, Steuern und Abgaben würden nicht ausreichen, um die sozialen Sicherungssysteme und die erforderliche Infrastruktur zu finanzieren. Das müßte dann durch Transferzahlungen und Subventionen aus dem Westen finanziert werden. Dann hätten die Ostdeutschen auch nicht

genügend zu verkaufen, nicht mal ihre Arbeitskraft, um kaufen also ihren Lebensstandard dem Westen anpassen zu können.

Andererseits ist nicht auszuschließen, daß die in Westdeutschland verfestigten Interessenstrukturen, die wahrscheinlich der Hauptgrund für die langanhaltenden regionalen Krisen z.B. im Ruhrgebiet und an der Küste trotz Hochkonjunktur sind, in der DDR nicht durchschlagen. Die Stimmung des Aufbruchs, die Bereitschaft zur Anpassung und fast jedes Angebot für harte Währung anzunehmen, die Möglichkeit, die sowieso erneuerungsbedürftige Infrastruktur auf die neu kommenden Betriebe zuzuschneiden, könnte dazu führen, daß viele Unternehmen ihre ohnehin vorhandenen Investitionsabsichten in der DDR verwirklichen - auf Kosten der anderen in's Auge gefaßten Standorte in der BRD, Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit oder gar Entwicklungsländern. Insofern sind dann auch langfristig Wirtschaftswundermentalitäten und -folgen wie in Bayern nicht auszuschließen, das als relativ unterentwickeltes Gebiet auch im einheitlichen Währungsgebiet der DM nach dem Krieg seinen kapitalistischen Aufstieg erlebte. (Z.B. überlegt Audi ein neues Motorenwerk nach Osteuropa zu verlegen, weil "Standorte östlich der Bundesrepublik die Samstag/Sonntag - Diskussion nicht kennen ... Ungarn sei beispielsweise inzwischen attraktiver als Portugal" Meldung der SZ vom 20.2.90)

(Anmerkung: Die Ausführungen zum Wechselkursmechanismus behandeln nur grundlegende Beziehungen des Handelsaustausches "Fundamentals". Seitdem aber in den letzten beiden Jahrzehnten eine Masse vagabundierendes Kapitals über die Weltmärkte tobt, das mit Warenströmen nichts mehr zu tun hat, werden die aktuellen Wechselkurse durch Zinsen, Geldmarktsätze und Spekulationen bestimmt. Z.B. schwankte der Dollar zur DM in wenigen Jahren zwischen ca. 3,60 DM und 1,60 DM, ohne daß sich die grundlegenden Produktivitätsverhältnisse und Kaufkraftparitäten/Inflationsraten so dramatisch verändert hätten. Diese Schwankungen zu erzeugen, gelingt dem vagabundierenden Kapital obwohl eine riesige Menge Geldes auch für den Welthandel umläuft. Um wieviel größere Schwankungen kann die Spekulation bei einer Währung erzeugen, deren Masse und Handel viel geringer ist. Gerade eine schwache Wirtschaft, die auch noch unterkapitalisiert ist, könnte solche riesigen Kursschwankungen ihrer Währung im Außenhandel kaum aushalten, denn die Kurssicherungsgeschäfte nähmen ganz erhebliche zusätzliche Mittel in Anspruch)

## Die Kosten der Einheit

Prinzipiell können die DDR-Bürger, wenn sie rational wirtschaften dürfen, eine eigenständige blühende Wirtschaft aufbauen wie z.B. auch Österreich. Ihre Produktivität ist weit höher als nach dem Kriege in der BRD und als in vielen Gebieten der Welt und auch Westeuropas. Also kann auch ein Überschuß erwirtschaftet werden, der investiert werden kann in bessere Infrastruktur, Umweltschutz, Produktionsanlagen und langlebige Konsumgüter wie z.B. Wohnungen.

Da aber die DDR-Bürger sich das in Eigenregie anscheinend nicht zutrauen bzw. sich vor neuen Experimenten fürchten bzw. annehmen daß das zu lange dauert, hoffen sie anscheinend, daß sie mit dem schnellen Anschluß an die BRD fast ebenso schnell deren Lebensstandard erreichen. Dieser Wunsch wird von den BRD-Anschluß-Politikern ausgenutzt mit der Parole, für gute Arbeit solle man auch gutes Geld bekommen - wer und wieviele zu guter Arbeit zugelassen werden, wird dabei nicht thematisiert, und darüber schleichen sich in der DDR anscheinend zunehmend Beklemmungen ein. Die Anschluß-Politiker argumentieren wie Konsumentenkreditberater: Kaufe jetzt, bezahle später! Mit der auch noch angeheizten Ungeduld, dem mangelnden Selbstvertrauen und der Bewunderung der Effizienz und des Wohlstandes in der BRD wird Machtpolitik betrieben. Die schnelle Übernahme der DM wird, wie oben als wahrscheinlich bezeichnet, die großen Kosten hervorbringen und überdies die Macht der Konzerne ausdehnen.

Über die Kosten schwanken die Vermutungen, die wohl richtig als Bierdeckel-Rechnung bezeichnet werden, zwischen unter 100 Mrd und über 900 Mrd DM. "Berechtigte Forderungen" der DDR werden vom Bremer Professor Peters auf über 760 Mrd DM beziffert, die sich allein aus den höheren Reparationszahlungen der DDR bis 1955 und dem größeren Zerstörungsgrad der dortigen Industrie plus seitdem aufgelaufener Verlustzinsen errechneten. Hinzuzurechnen wäre, daß Millionen ausgebildete junge Leute in die BRD geflüchtet sind und hier produktiv gearbeitet haben oder noch arbeiten. Wenn nach heutigen Kosten ein Kind bis zur Erwerbstätigkeit 100 000 DM kostet, würde nach solcher Überlegung die BRD Wirtschaft mit zusätzlich 100 Mrd DM subventioniert worden sein, wenn man von 1 Mio produktiver junger Arbeitnehmer

ausgeht. Da aber die BRD ständig - wie oben ausgeführt - verkappte Reparationen, Wiedergutmachungen und andere Zahlungen in Folge des verlorenen Krieges geleistet hat, gibt es keine Basis für buchhalterisch oder moralisch zu begründende Forderungen. Eine solche moralisierende und rückwärtsgewandte Auseinandersetzung würde mE. von der Gestaltungsaufgabe für die Zukunft ablenken: Wieviel müssen wir aufbringen für die Reparationen, den Preis der Einheit? Wieviel wollen wir aufbringen, für das Leben in einer lebenswerten Umwelt und einer Gesellschaft möglichst freier und gleicher Bürger, die gemeinsam über ihr politisches Schicksal entscheiden?

(Die Diskussion um die ungleiche Verteilung der Kriegsfolgelasten und unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sollte aber nicht den Eindruck erwecken: Hätte es die Sonderbelastungen der DDR-Wirtschaft nicht gegeben, gäbe es keinen Rückstand zur BRD-Wirtschaft und man könne sich um die Kritik an der Kommandowirtschaft herumdrücken. Selbst bei besseren wirtschaftlichen Ergebnissen hätte man nach wirtschaftlichen Regelmechanismen suchen müssen, die die persönliche Freiheit mehr achtet und die Bevormundung durch eine Bürokratie vermindert. Es ist eben nicht nur die Kommandowirtschaft sondern auch ein hierarchisches Gesellschaftsmodell von Avantgarde und Masse gescheitert.)

Die Kritik vieler DDR-Bürger an der ineffektiven Kommandowirtschaft macht sich häufig fest an der öffentlich beklagten hohen Zahl unproduktiver Bonzen, Angestellten und unfähigen Leiter im Betrieb und in der staatlichen Verwaltung. Der relative Anteil der (produktiven) Arbeiter ist aber in der DDR nicht wesentlich niedriger als in der BRD. Im Wirtschaftssystem der BRD gibt es andere unproduktive wenn auch systemimmanent notwendige Beschäftigte, die die DDR-Arbeiter wohl künftig genauso Gelegenheit haben, sie lieben zu lernen, wie sie die BRD-Arbeiter lieben: Z.B. Makler, Rechtsanwälte und das ganze aufwendige Rechtssystem einer Vertragsgesellschaft, Erwerbstätige im Bereich Werbung, Marketing, Versicherungen, Banken und sonstigem Geld- und Kapitalumschlag und -verwaltung, Steuerapparat mit Steuerfahndern, Steuerberatern etc.pp. Gerade in den sich immer mehr zusammenballenden und sich verschachtelnden Kozernen des real existierenden Kapitalismus entstehen/ wuchern bürokratische Entscheidungsprozesse. Auch fallen ständig unsach-

liche Entscheidungen, die nur Macht- und Prestige Gesichtspunkten folgen bzw. individuellen Karriereabsichten. Auch diese Kosten der Wirtschaftsunion werden die DDR-Bürger mit tragen müssen. Nach den Fernsehdiskussionen gewinnt man den Eindruck, daß sich die DDR Bürger vorstellen, daß die BRD-Unternehmer mit einer modernen Maschine auf dem Lastwagen in die DDR fahren, sie statt einer veralteten in ein Werk der DDR stellen und die Arbeiter dort daran arbeiten lassen. Bei den Werks- und Kombinatdirektoren ist das Bemühen zu spüren, so schnell wie möglich, d.h. so lange sie noch Entscheidungsgewalt haben, in ein joint venture mit westlichen Vertragspartnern einzusteigen, wenn das ihnen ihre leitende Position und Unabhängigkeit von der betrieblichen Basis sichert, dafür sind sie dann auch zu allen Preiszugeständnissen und erst recht zu allen marktwirtschaftlichen Bekenntnissen bereit. Die westlichen interessierten Unternehmen wollen aber mit möglichst geringem Kapitalaufwand und Risiko möglichst große Gewinne machen.

Das klassische joint venture bzw. die Übernahme von Betrieben und Kombinateneinheiten wird wahrscheinlich so aussehen: Die westlichen Unternehmen stellen als Grundkapital-Einzahlung immaterielle Werte wie Patente, Markenrechte, Gebrauchsmuster, Handelsorganisationen/Marktzugang, sonstiges "know how" usw. zur Verfügung, der Osten bringt Grund und Boden, Arbeitskräfte und (gelegentlich auch) Betriebsstätten ein. Die neuen Gebäude, Anlagen und Maschinen werden auf langfristigen Westkredit gekauft und es wird ein Betriebsmittelkredit von Westbanken vorgeschossen. Dies würde bedeuten, daß die westlichen Unternehmen fast ohne zusätzlichen Aufwand/Kapital sich die Produktionsbedingungen in der DDR unterordnen und daraus Zinsen und Profit schlagen. Der Preis für uns alle besteht in den vermutlich zu beschließenden öffentlichen Zuschüssen und Steuerabschreibungen. Da unter dem Regime der DM eigenständige Entwicklungen in der DDR abgebrochen werden (so z.B. gerade schon die Entwicklung einer digitalen Telefontechnik zugunsten der Übernahme der von SEL - laut taz vom 23.2.90) müssen alle um die Unterordnung unter das Kapital betteln entweder gemeinsam als Betrieb - dann geht unter den Beschäftigten das Hauen und Stechen los, wieviel Entlassungen/Personalreduzierungen man anbieten kann/ muß, damit der Betrieb

für ein westliches Unternehmen attraktiv wirkt.- oder als einzelner. Ein anderer Weg unter der "Gewerbefreiheit" und "Niederlassungsfreiheit" wird sein, mit tatsächlichen westlichen Investitionen Parallelproduktionen zu den DDR-Betrieben aufzubauen und nur die leistungsfähigsten und anpassungswilligsten Arbeitskräfte einzustellen, während der DDR-Betrieb mit den verbleibenden älteren Beschäftigten pleite macht. Dabei könnte auch gleich noch der Geldüberhang der Sparguthaben z.T. mit abgebaut werden. Vorher müßte allerdings die Überlegung verwirklicht werden, die staats-eigenen Betriebe in Volksaktien-Betriebe <sup>(Berghofer-Vorschlag)</sup> umzuwandeln, indem die Betriebe an die Beschäftigten gegen ihr Ersparnis verkauft werden. Wenn diese Volksaktien-Betriebe dann pleite gehen, ist der sogenannte Geldüberhang der Spargelder kein Thema mehr.

Die Kosten der Wirtschafts- und Währungsunion werden neben den Steuererleichterungen also zunächst die Arbeitslosenunterstützung für dann viele Langzeitarbeitslose (z.T. auch in den zurückbleibenden Regionen Westdeutschlands) <sup>sein</sup>. Da eine schnelle Anpassung der Löhne der Beschäftigten bei noch niedriger Produktivität angestrebt wird, werden wohl auch Lohnzuschüsse oder/und Produktsubventionen über allgemeine Abgaben bezahlt werden müssen wie sie z.B. jetzt schon an Firmen für die Beschäftigung von Langfristarbeitslosen bis zu zwei Jahren oder mit der Berlinbeihilfe gezahlt wird.

Da auch die Preise schnell freigegeben und an westdeutsches Niveau angepaßt werden sollen, müssen dann auch die Zahlungen aus den Sozialkassen diesem Preisniveau angepaßt werden. Da die Zahl der Beschäftigten <sup>in der DDR,</sup> und ihre Einkommenshöhe wohl nicht ausreichen wird, entsprechend hohe Auszahlungen aus den laufenden Abgaben zu finanzieren, wird die Differenz durch Transferzahlungen aus dem Westen beglichen werden müssen - insbesondere für Rentenversicherung, Sozialhilfe und möglicherweise Krankenversicherung und Wohngeld (da ist allerdings auch eine längere Mietpreisbegrenzung für Altbauwohnungen denkbar).

Da für eine rationelle Marktwirtschaft die dortigen allgemeinen Produktionsbedingungen (Infrastruktur) noch weniger ausreicht als für die jetzige Wirtschaftsweise, muß die Infrastruktur angepaßt und ausgebaut werden. Darunter scheinen das Telefon-

und allgemeine Kommunikationsnetz, die Eisenbahnen besonders dringlich, es folgen die Straßen mit ihrem Unterbau/Belastbarkeit, die Kanalisation, der Umweltschutz in allen Bereichen (Luft, Wasser, Böden), die Wasser- und Energieversorgung, Banken, Gerichte, Großhandel, Lagerkapazitäten usw.

Das wird weitgehend über öffentliche Haushalte finanziert werden müssen und wenn es schnell gehen soll, werden die Westdeutschen mit herangezogen werden müssen.

Da sich die Bundesregierung mindestens bis zu den Bundestagswahlen nicht das Wahlgeschenk Einkommenssteuersenkung nehmen lassen will, werden wohl zumindest bis dahin anfallende Kosten mit zusätzlichen öffentlichen Schulden bezahlt werden. Dies wird auch ohne steigende Zinsen zu erheblich steigenden Lasten für die öffentlichen Haushalte und damit zu einer weiteren Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommensbezieheren führen.

Darüber hinaus ist aber mit Inflation und damit mit steigenden Zinsen zu rechnen. Die Inflation rührt schon allein daher, daß die DM im Außenverhältnis wohl langfristig abgewertet wird und sich damit die Importe und mit ihnen die Preise erhöhen. Die hier angenommene langfristige Abwertung ergibt sich schon aus dem oben erläuterten Wechselkursmechanismus: Wenn die DM künftig auch eine unproduktivere DDR-Wirtschaft auf dem Weltmarkt mit repräsentiert, dann fällt auch tendenziell ihr Wert.

(Realwirtschaftlich setzt sich die Inflation möglicherweise so durch, daß nach einer weitgehenden Stilllegung der DDR-Wirtschaft die Versorgung in Ostdeutschland aus dem Westen mit übernommen werden muß und gleichzeitig durch die Abwertung der DM die Importe teurer werden und die westdeutschen Waren auf dem Weltmarkt verbilligt und damit zunächst mal so gefragt werden, daß ein erheblicher Preisanhebungsspielraum sich eröffnet. Dies ist ein noch sehr optimistisches Szenario, weil dann wohl für Betriebserweiterungen investiert wird und vielleicht der ein oder andere DDR-Betrieb mehr als Grenzproduzent im Geschäft bleibt.- Grenzproduzent = Unter allen Produzenten mit unterschiedliche Kosten derjenige mit den höchsten Kosten, der aber zur Deckung der Nachfrage gerade noch nötig ist. )

Kurzfristig mag eine Abwertung der DM durch den Zustrom von Anlage suchendem Kapital von außen (z.B. repatriierte DM-Kapitalexporte und/oder ausländische Kapitalimporte) in ihr Gegenteil verkehrt werden. Das wäre um so schlimmer, weil dann die Zinsen, Gewinne

und Rückzahlungen auf Auslandskapital mit später wahrscheinlich abgewerteten DM geleistet und um so teurer bezahlt werden müssen. (Vergleiche die Mechanismen der Auf und Abwertungen in Öl- und Entwicklungsländern). Durch eine kurzfristig aufgewertete DM würde sich der Zusammenbruchsdruck auf DDR-Betriebe in der entscheidenden Phase noch erhöhen.

Die Zinserhöhungen ergeben sich aus der gesteigerten Nachfrage nach langfristigen Krediten, ohne daß gleichzeitig die Kapitalproduktion wesentlich zunimmt. Allerdings liegen die Realzinsen (= Höhe der Zinsen auf langfristige Staatsanleihen minus Inflationsrate) gegenwärtig mit ca 6% so hoch - normal sind 3% - daß von steigender Geldentwertungsrate zunächst keine Erhöhung der Zinsen ausgehen muß.

Als weitere Kosten ist mit außenpolitischen Verpflichtungen zu rechnen, d.h. Reparationen auch nach Osten. Nicht nur hat die DDR nun Israel auch Wiedergutmachungen zugesagt, sondern auch Jugoslawien hat offiziell Reparationen und Entschädigungen für Kriegszerstörungen und Zwangsarbeiter gefordert. Da das Londoner Schuldenabkommen von 1953 der Westmächte mit der BRD die Kriegsschuldenfrage nur bis zu einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland aussetzt, ist auch offiziell ein Anlaß für solche Forderungen jetzt gegeben. Aber egal, wie das genannt werden wird ob Hilfen, Ausgleichszahlungen, Zuschüsse, Beiträge, Liefergarantien, Wiedergutmachung, Deutschland wird die Vereinigung auch nach außen bezahlen müssen. Jeder weiß, daß die SU schon wegen ihrer wirtschaftlichen Probleme zumindest erwartet, daß ihr die Vereinigung Deutschlands nicht zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten sondern Erleichterungen bereitet. Wie hoch solche finanziellen Leistungen Deutschlands sein werden und wie sehr sie die Deutschen belasten, läßt sich nicht voraussagen. Darüber entscheiden ganz wesentlich die USA und westeuropäischen Partner mit - s.o.. Auch das ist ein Grund, weswegen alliierte Truppen in Deutschland stationiert bleiben werden - damit die Sicherheit besteht, daß Deutschland zahlt.

## Die Finanzierung der Kosten

Zur Finanzierung der Kosten können|zunächst einmal Umschichtungen dienen:

- Der größte anlagefähige Betrag - also ein wirtschaftlicher Überschuß, der erarbeitet aber weder konsumiert noch in Deutschland investiert wurde, stellt der jährliche Außenhandelsüberschuß dar. In den letzten Jahren übersprang er die 100 Mrd DM Grenze und hat im Jahr 1989 ca. 130 Mrd DM erreicht. Auch nach Abzug der Zahlungsdefizite an die internationalen Organisationen bleibt davon eine hohe verfügbare Summe. Das gilt auch unter Einbeziehung der Dienstleistungsbilanz, bei der es ein anhaltendes Defizit z.B. für Reisen, Gastarbeiterüberweisungen, Versicherungen usw. gibt. Der Leistungsbilanzüberschuß ist in den letzten Jahren zum großen Teil für die sprunghaft gestiegenen Kapitalexporte verwendet worden und dabei handelt es sich überwiegend um Anlagen in verzinsliche Forderungen - auch als Flucht vor der Quellensteuer - und zum weit geringeren Teil um realwirtschaftliche Vorgänge, die mit der Sicherung und Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zu tun haben. Diese tatsächlich in der BRD erarbeitete Wirtschaftsleistung könnte auch realwirtschaftlich in Deutschland verwendet werden als Investition oder als Konsum. Eine solche realwirtschaftliche Verwendung würde also den Exportüberschuß vermindern oder bei Verwendung für Reparationen den Zahlungsbilanzüberschuß. Da diese hohen Milliardenbeträge aber in Privathand liegen und ihnen mit direkten Quellensteuern offensichtlich nicht beizukommen ist, müßten andere Wege gesucht werden, diese in Deutschland erbrachte Leistung für die Entwicklung in Deutschland zu halten. Zu denken ist z.B. daran, daß die Mehrwertsteuerrückerstattung von 14% bei Exporten nur noch zur Hälfte/nicht mehr voll erstattet wird. Ansonsten kann auch der Umweg eingeschlagen werden: Die Löhne und Gehälter werden durch erfolgreiche Tarifpolitik der Gewerkschaften so fühlbar erhöht, daß über die steigenden Lohn- und Einkommenssteuern entsprechende Beträge an den Staat fließen, während die Kosten der Unternehmen so steigen, daß sich der Exportüberschuß entsprechend vermindert. Wenn dann die in Ostdeutschland vom Unternehmen aufzubringenden Löhne konstant niedrig

bleiben, wird auch noch ein zusätzlicher Anreiz geboten, privat in Ostdeutschland zu investieren. Der übliche Vorgang in unserer Wirtschaftspolitik ist aber, daß die Kapitalwertungsbedingungen für das weltmarktorientierte Kapital noch mal verbessert werden müssen, um es zu repatriieren, und ihm dabei eine noch größere Sicherheit geboten werden muß, daß es nicht zur Steuer herangezogen wird - denn das Kapital ist ein vaterlandsloser Geselle, (aber die die <sup>inner</sup> deutschen Grenzen überschreitenden Übersiedler werden beschimpft und zum Ausharren in der Heimat öffentlich angehalten, ohne daß ihnen irgendwelche Garantien angeboten werden).

- Beim Rüstungsetat der beiden deutschen Staaten kann sicher ein erheblicher Anteil eingespart werden. Das gilt ebenso für den Bundesgrenzschutz, da es keine innerdeutsche Grenze mehr zu bewachen gibt. Kurzfristig wird die Verminderung der unproduktiv verbrachten Zeit von eingesparten Soldaten, Grenzschützern und Rekruten den größten volkswirtschaftlichen Gewinn bringen, wenn die Zeit statt dessen produktiv zugebracht werden kann und nicht in Arbeitslosigkeit mündet. Die Verminderung der übrigen Rüstungslasten insbesondere der Waffenbeschaffung wird sich erst mittelfristig in einen Beitrag zur Entwicklung Ostdeutschlands ummünzen lassen, weil die von verminderter Rüstung besonders betroffene Gebiete ähnlich wie die DDR Umstrukturierungszuschüsse und -investitionen brauchen oder als Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit auch nur Kostgänger der öffentlichen Kassen werden. (s.u. Bremen und die Panik in der Pfalz bei Gemeinden, die von amerikanischen Militärstützpunkten lebten, die jetzt geschlossen werden.)
- Die Berlinförderung kann sicher aufgehoben werden, da Berlin ein sich selbst tragendes Aufschwunggebiet zu werden verspricht, das keiner Subventionen mehr bedarf (neue Regierungsbauten werden Subvention genug sein). Gleiches gilt natürlich für den bisherigen Transitverkehr, für den Zuschüsse u.a. auch an die alliierten Fluggesellschaften gezahlt wurden.
- Es gibt auch sonst viele Finanzströme unter den Ländern und zwischen Bund und Ländern bzw. EG und Regionen, die nun in das Gebiet der DDR umgelenkt werden können.\* Als erstes sind der fachlich nicht gebundene Länderfinanzausgleich und die Ergän-

\*Mit den ERP-Krediten ist das schon angelaufen.

zungszuweisungen des Bundes zu nennen, die bei gleichbleibendem Regelwerk aber jetzt verteilt auf 15 oder 16 Bundesländer (je nachdem ob Berlin ein eigenes Bundesland oder Teil Brandenburgs wird) automatisch nach Ostdeutschland fließen würde, weil der Maßstab für die Bedürftigkeit ist, wieweit das pro-Kopf-Einkommen vom Bundesdurchschnitt nach unten abweicht (ganz grob definiert). Weitere regionale Zuschüsse und Steuersubventionen mit sachlicher Bindung sind die Zonenrandförderung und die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur, die der Bund finanziert und die in Arbeitslosenschwerpunkten <sup>besonders</sup> wirksamen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen, Eingliederungshilfen usw., die die Bundesanstalt für Arbeit bezahlt. Die EG vergibt Gelder u.a. aus dem Agrar-, Sozial- und Regionalfond u.a. mit dem Programm für Werft- und Stahlstandorte, die im Falle des Beitritts zur EG auch auf das DDR-Gebiet anwendbar sind. (Inwieweit Westdeutschland seine Einzahlungen in diese EG-Fonds erhöhen muß, damit Auszahlungen in die DDR-Gebiete die Auszahlungen an andere EG-Mitglieder nicht schmälern, wurde oben erörtert). Soweit die Gelder nach Dringlichkeitsgesichtspunkten vergeben werden, ständen die fünf neuen Länder sicher vorne in der Schlange.

Das gilt auch für die sonstigen fachlichen Programme des Bundes, die mit Geldmitteln ausgestattet sind wie z.B. Städtebauförderung, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Krankenhaus- und Hochschulbau wie auch für Infrastrukturinvestitionen des Bundes besonders für die Bundes(wasser)straßen oder für Bundesinstitutionen wie Bahn und Post. Aus diesen Haushaltsmitteln kann ein wesentlicher Teil des Finanzbedarfs für Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland gedeckt werden, ohne daß das in Westdeutschland besonders schmerzen muß. Denn was stört es schon, wenn eine mit Städtebauförderungsmitteln zu finanzierende Umpflasterung von Citystraßen in Westdeutschland von grauen Betonsteinplatten auf rosa Granitsteine unterbleibt und dafür eine verfallende Innenstadt in der DDR gerettet wird? Oder wenn die Verkabelung der westdeutschen Haushalte langsamer oder gar nicht mehr voranschreitet, dafür aber der Telefonmangel in Ostdeutschland schneller gemildert wird?

Andererseits kann das aber wesentliche Folgen für solche Regionen haben, die ihre öffentlichen Finanzen in erheblichem Maße auf solche Zuweisungen stützen und ihre Projekte mit solchen Unterstützungen finanzieren - das gilt u.a. für Bremen s.u.. Auch kann eine verlangsamte Modernisierung der Infrastruktur in Westdeutschland mit zu dem oben angedeuteten Zurückfallen der deutschen Wirtschaft in der internationalen Konkurrenzfähigkeit beitragen.

- Der größte Betrag zur Finanzierung der Lasten wird aber aus der produktiven Arbeit der ostdeutschen Bürger kommen, die in das Steuer- und Abgabensystem des Westens einbezogen werden und bei gesteigerter Produktivität der Beschäftigten auch steigende Abgaben leisten müssen.

Je mehr der Ausgaben mit Kredit/Staatsanleihen finanziert werden, um so teurer wird es für die Steuerzahler, um so stärker wird die Umverteilung von unten nach oben und um so größer wird die Inflationsgefahr.

Die mutmaßlichen Folgen der Einheit für Bremen

Die Vorteile und Lasten der Entwicklung wird auch in Westdeutschland regional und sozial ganz unterschiedliche Auswirkungen haben. Wie schon angedeutet, steht Berlin wohl eine Sonderkonjunktur bevor, die möglicherweise zu Verhältnissen wie jetzt in München und Frankfurt führt, indem einer großen Zahl Personen neue Chancen auf besseren Verdienst <sup>geboten wird</sup>, mit Bauboom in der Mitte und im Umland, Bodenspekulation und Mietwucher, und andererseits, es den Armen und Obdachlosen wegen des steigenden Preisniveaus noch schlechter geht.

Für Bremen sehen die Aussichten eher schlecht aus:

- Im horizontalen und vertikalen Länderfinanzausgleich wird Bremen erheblich weniger erhalten, möglicherweise sogar selbst noch einzahlen müssen. Gleiches gilt für EG- und sonstige Wirtschaftsförderungsmittel.
- Die Städtesanierungsmittel werden zumindest auf mehr Empfänger verteilt und möglicherweise überwiegend auf die Rettung der

ostdeutschen Städte konzentriert zulasten der Verschönerung intakter Städte im Westen.

- Bremen als eine Stadt, deren Industriebeschäftigte wie kaum eine andere in Westdeutschland von Rüstungsaufträgen abhängen, (Krupp-Atlas-Elektronik, Vulkan, Lürssen, MBB, Elektro-spezial, Nachtsichtgerätehersteller usw. usf) wird unter Abrüstung leiden. Die Arbeitsgruppen über Rüstungskonversion haben von den Betrieben bisher kaum praktische Unterstützung erhalten, geschweige denn, daß deren theoretischen Ideen in Praxis umgesetzt worden wären. Jetzt werden wieder all die dummen Tagespolitiker und Männer der Praxis/Manager sich entschuldigen, daß sie das nicht haben wissen können. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen zur Rüstungskonversion bleiben für sie dennoch linke Spinner, denen man nicht trauen kann, und die von der Praxis keine Ahnung haben - und sie werden weiterhin hohe Gehälter beziehen und die Mitarbeiter entlassen müssen, insbesondere die linken Spinner, die nur immer Unruhe in die Belegschaft getragen haben.
- Potentielle Investoren, die Bremen als Standort wegen der hier verfügbaren Arbeitskräfte ins Auge faßten, werden künftig eher im DDR-Gebiet neue Standorte suchen, wegen der dort wahrscheinlich noch größeren Arbeitslosigkeit, weiterer Steuervorteile, billigerer Arbeitskräfte, noch billigerer Grundstücke, genauer auf die Wünsche zuzuschneidende lokale Infrastruktur und insbesondere weniger verkrusteter Interessen- und Entscheidungsstrukturen/Filz.
- Bremen als das relativ höchst verschuldete Bundesland wird allein durch 2% steigend Kreditzinsen - wie schon in den letzten paar Wochen - ca 300 Mio DM jährlich mehr an Schuldzinsen zahlen. Bremen ist aber jetzt schon an der Schwelle, daß die Zinsen durch neue Kredite finanziert werden müssen. Bei sinkenden Zuschüssen und steigenden Zinsausgaben wird der freie finanzwirtschaftliche Fall noch durch Fallwinde beschleunigt.
- Durch Wirtschaftsboom und Inflation steigende Steuereinnahmen könnten nur dann den Weg in die Pleite umkehren, wenn die Alt-schulden damit billig abgebaut würden. Davon spricht aber keiner. Deswegen wird bei der ständigen Umwälzung des alten Schuldenberges dessen Durchschnittszinssatz schnell an die höheren Zinssätze angepaßt.

- "Es boomt an Bremen vorbei" schreibt der Weser-Report am 28.2.90 weil Bremen in eine Randlage gerät. Diese Einschätzung ist wahrscheinlich richtig, weil das Schwergewicht von Wirtschaft und Bevölkerung der DDR in deren Süden liegt und besser mit den westdeutschen Wachstumspolen in Bayern und Südhessen korrespondiert. Hinzu kommt, daß in der CSR als wirtschaftlich hoffnungsvollstem gewendetem Ostblockland ebenfalls enge Wirtschaftsverflechtungen mit Süddeutschland entwickeln wird und damit den Wachstumspol damit dort noch verstärkt. Insofern werden sich regional ungebundene Investitionsüberlegungen auch besonders dorthin orientieren. Selbst wenn also ein neues Wirtschaftswunder kommt, wird es Bremen nur ganz abgeschwächt erreichen und keinesfalls dafür sorgen, daß die Steuereinnahmen so steigen, daß die finanziellen Altlasten und die verminderten Zuweisungen von außen aufgefangen werden können.
- Die möglichen zusätzlichen Hafenaktivitäten werden die geschilderten Nachteile kaum auszugleichen vermögen. Erstens reichen die Hafenaktivitäten als Wirtschaftsfaktor für Bremen seit langem nicht mehr aus, um es zu unterhalten. Zweitens sind die jetzt wirtschaftlich geöffneten Gebiete eher auf die Häfen Lübeck und besonders Hamburg ausgerichtet, so daß die auf Bremen entfallenden zusätzlichen Hafenaktivitäten eher unterproportional wachsen werden.

Zum Schluß:

Darf man mit solch "rechten" Argumenten und solch "egoistischen" Überlegungen auf die Freude über die Befreiung im Ostblock und der DDR reagieren?

Gerade die Entwicklung im Ostblock und der SU zeigen, daß alle totgeschwiegene und unterdrückte Geschichte wieder hochkommt, sie wird nicht vergessen und sie gewinnt eine nicht mehr für möglich gehaltene Virulenz wie z.B. der im Absterben geglaubte Nationalismus und Chauvenismus.

Auch im Westen werden die ungleichen Beziehungen totgeschwiegen und für die Verfestigung der Siegerordnung beschönigende Spachregelungen aus dem Wortschatz des Internationalismus ausgegeben.

Unter sich möglicherweise wieder einmal ändernden Bedingungen kann das zum Sprengsatz für ein friedliches Westeuropa werden, wie die Lügen und Tabuzonen dazu beigetragen haben, den Ostblock zu sprengen.

Gerade weil jetzt eine blockauflösende Friedensordnung in Europa wieder denkbar wird, darf man sich auch über die Verhältnisse in Westeuropa keine Denkverbote erteilen, und den Neubeginn nicht mit einer neuen alten Lebenslüge beginnen.

Und die SU zeigt, daß ohne verfaßte Gruppen mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen/"egoistischen" Interessen und selbstständigen Entscheidungsmöglichkeiten auch keine freie Ordnung gefunden wird (der "Befreier" Gorbatschow greift nach dem Mittel der absoluten Herrschaft - der kaum kontrollierten Präsidentschaft.)

(konzipiert am 11.2.1990, geschrieben bis 28.2.90) Rainer D.

scheidungen gutheißen lassen". Dem Eindruck, der Krenlchef wolle die nach dem Besuch von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher aufgekommenen nationalen Euphorie dämpfen, hielt Genscher am Mittwoch die Wertung entgegen, daß Gorbatschow sich noch einmal zum Ziel der deutschen Einheit bekannt habe. Kanzlerberater Teitshik wertete die Äußerungen als Ausdruck der schwierigen psychologischen Situation der Sowjetunion.

denkbar wäre. Statt dessen sagte er, bei der Vereinigung müsse „die Unzulässigkeit einer Verletzung des militärisch-strategischen Gleichgewichts“ zwischen NATO und Warschauer Pakt berücksichtigt werden, solange sich ein „neues System der Sicherheit in Europa“ nur abzeichne.

In den Antworten auf die Fragen der *Prawda* nahm Gorbatschow für die Sowjetunion in Anspruch, daß eine Vereinigung der Deutschen ihr „weder moralischen noch politischen oder wirtschaftlichen Schaden“ einbringen dürfe. Als Antwort offenbar auf Kritik auf dem jüngsten ZK-Plenum der KPdSU führte Gorbatschow an, daß Moskau „das Recht der Deutschen auf Einheit“ von Ende des Krieges an niemals bestritten habe, wofür er als Beleg nicht nur die Stalin-Note von 1952, sondern auch die Entgegennahme des „Briefs zur deutschen Einheit“ bei Abschluß des Moskauer Vertrags von 1970 führte.

Gorbatschow bekräftigte, was er bereits dem DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und Kohl gesagt habe, nämlich, daß es Sache der Deutschen selber sei, in

welcher Zeit und welchen Formen die Vereinigung vor sich gehe. Das sei „nur eine Seite des Problems“, sagte er. In den Gesprächen mit ihnen habe er auch gesagt, daß durch die Vereinigung „die nationalen Interessen keines Nachbarn und niemandes sonst ringsum“ beeinträchtigt werden dürfe. Entscheidend sei dabei die „Unerschütterlichkeit“ der Nachkriegsgrenzen. Außerdem bestehe „die Verantwortung der Vier Mächte“ fort, die nur diese selber aufheben könnten. „Einen Friedensvertrag mit Deutschland gibt es noch nicht“, sagte Gorbatschow. „Und nur er kann in international-rechtlich ordnungsgemäßer Weise den Status Deutschlands in der europäischen Struktur endgültig bestimmen.“

Zu dem in Ottawa vereinbarten Rahmen der Gespräche über die Deutsche Frage zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Mächten, UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich, sagte Gorbatschow, es wäre unannehmbar, wenn drei oder vier sich zuerst untereinander absprechen und den übrigen Teilnehmern eine schon abgestimmte Position darlegen würden. (Seite 4)

Zur Finanzierung der Einheit

22. FEB. 90 SZ 22.2.90

## FDP schlägt Einsparungen im Etat vor Mittel für Zonenrandförderung sollen umgeleitet werden

Bonn (dpa/Reuter/AFP) – Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Hermann Otto Solms, hat vorgeschlagen, aus Mitteln der Zonenrand- und Berlinförderung Reformen in der DDR zu finanzieren. Durch schrittweise Etatumschichtungen in diesem Bereich könnten 40 Milliarden Mark aufgebracht werden. Mittelfristig seien auch Einsparungen im Verteidigungshaushalt und Abstriche bei den eltraumprojekten anzustreben.

Regierungssprecher Hans Klein (CDU) sagte demgegenüber vor der Bundespresskonferenz in Bonn, daß die Zonenrand- und Berlin-Förderung für eine Übergangszeit sogar höher als bisher ausfallen könne, unter anderem wegen erhöhter Aufwendungen für die Instandsetzung der Übergänge. Aber schon mittelfristig müßten diese Aufwendungen zur Bewältigung der Folgen der Teilung in „Investitionen für die Einheit“ umgewandelt werden. In einigen Bereichen werde das schon sehr früh möglich sein.

Als „böswillige Unterstellung“ hatte zuvor Soms die Behauptung der finanzpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingrid Matthäus-Maier, zurückgewiesen, die Koalition plane zur Finanzierung der deutschen Einheit eine Mehrwertsteuererhöhung von 14 auf bis zu 16 Prozent. Jedwede Art von Steuererhöhungen werde abgelehnt. Die notwendigen Mittel seien über mehr Schulden und durch eine Umgestaltung der öffentlichen Haushalte aufzubringen. Das „A und O“ sei das Engagement der privaten Wirtschaft, das durch keinerlei Steuererhöhungen beeinträchtigt werden dürfe.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der

SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, hat die Bundesregierung unterdessen aufgefordert, die Währungsunion mit der DDR nicht hinauszuzögern. Diese sollte am 1. Juli in Kraft treten, „damit die Verunsicherung der Menschen und Betriebe in der DDR beendet wird“, forderte Roth in einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur.

Nach Ansicht des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Otto Schlecht, ist ein Umtauschkurs von eins zu eins für alle DDR-Sparguthaben bei der Einführung der Währungsunion möglich. Die Guthaben nützen allerdings vorläufig eingefroren werden, sagte Schlecht gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter. Bei den Löhnen dagegen seien Umtauschverluste wegen des Produktivitätsrückstandes der DDR möglicherweise unumgänglich. Schlecht wandte sich dagegen, bundesdeutsche Steuern für den Aufbau der DDR-Infrastruktur zu erhöhen. Die Mittel dafür könnten auch über Anleihen am Kapitalmarkt aufgebracht werden.

Für die Bürger der Bundesrepublik sind nach Ansicht von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters weder Steuererhöhungen noch Leistungskürzungen erforderlich. In der *Neuen Osnabrücker Zeitung* sagte Seiters, die Bundesregierung sei bereit und in der Lage, sofort beim Aufbau einer modernen Arbeits- und Sozialordnung in der DDR mitzuwirken. Er appellierte an alle politisch Verantwortlichen, Versuchen zu begegnen, in diesem Zusammenhang Ängste zu schüren. Seiters begrüßte die Bereitschaft der DDR, nun zügig an der Schaffung einer Währungsunion mitzuarbeiten.

## Mitteladlyken

Von Albrecht Roeseler

Die „heimliche Hauptstadt“ ist aus den Schlagzeilen verschwunden – nicht nur weil Berlin in den Mittelpunkt gerückt ist, sondern weil Münchens Kulturleben immer mehr selbstverschuldete Defizite aufweist.

## Ostberlin will Steuern drastisch senken

Berlin (AP) – DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft erwägt eine drastische Senkung der Spitzensteuersätze in der DDR. Vor der Volkskammer kündigte sie an, daß der Spitzensatz bei der Einkommenssteuer von 90 auf 50 Prozent, bei der Körperschaftsteuer von 95 auf 50 Prozent gesenkt werden solle. Der Vermögenssteuersatz soll ein Prozent nicht überschreiten. Für alle Genossenschaften ist ein Steuersatz von 45 Prozent vorgesehen. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft gehe es um die Förderung und nicht um die Zügelung von Initiative und Leistung. Die Regierung habe dem Entwurf im wesentlichen zugestimmt. Zur Vorbereitung einer Währungsunion mit der Bundesrepublik auf der Basis der D-Mark forderte Christa Luft eine Beschleunigung der Preisreform bis zur Annäherung des Preisniveaus an die Bundesrepublik. Das niedrigere Lohnniveau in der DDR mache im Gegenzug die Installierung eines neuen sozialen Netzes nötig. Die Bewahrung sozialer Rechte sei ein „Riegel gegen hemmungslose Marktwirtschaft“.

## Luft: Lebensmittel werden vor der Wahl nicht teuer

Berlin (dpa) – Die Situation in den Lebensmittelgeschäften der DDR hat sich nach der Ankündigung von DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft, Preiserhöhungen für Lebensmittel werde es vor der Wahl am 18. März nicht geben, weitgehend beruhigt. Regierungssprecher Wolfgang Meyer bestätigte Frau Lufts Aussage und fügte hinzu, Preiserhöhungen seien wegen des mit einem Subventionsabbau verbundenen hohen Arbeitsaufwandes erst frühestens vier Wochen nach der Wahl möglich. Die vom Runden Tisch beschlossene Empfehlung, die Subventionen für Lebensmittel abzubauen, hatte zu Panikkäufen geführt.

## X Jugoslawien will Reparationen fordern

Belgrad (Reuter) – Jugoslawien will von einem geeinten Deutschland Reparationszahlungen für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Schäden verlangen. In einer Mitteilung des Außenministeriums in Belgrad hieß es, Jugoslawien wolle, sobald die Bedingungen gegeben seien, alle Schritte ergreifen, „um seine Ansprüche an die Erben des Dritten Reiches auf Schadenersatz für jugoslawische Bürger, Opfer des Faschismus, zu verwirklichen“.

## Konzept für Direktwahl von Berliner Abgeordneten

cas. Bonn (Eigener Bericht) – Der Berliner Senat und Bundeswahlleiter Egon Hölder haben dem Bundesinnenministerium nach SZ-Informationen ein Konzept für die erstmalige Direktwahl von Westberliner Abgeordneten zum Bundestag vorge-

# Internationale Sorgen wegen der Währungsunion

## Zinsanstieg und Inflationsgefahr führen zu Bedenken / Waigel: Noch ist gar nichts festgelegt / Pöhl beruhigt DDR-Sparer

München (SZ) - Die geplante Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sorgt weiterhin für internationale Diskussionen. Sorgen wegen eines damit verbundenen Zinsanstiegs haben die Finanzminister der USA und Italiens geäußert. Der Präsident der Schweizer Nationalbank, Markus Lusser, sieht Risiken für die Stabilität der DM. Inzwischen hat Bundesbankpräsident Pöhl die um ihre Sparguthaben bangenden DDR-Bürger zur Besonnenheit aufgerufen. Bundesfinanzminister Waigel hat alle Spekulationen über einen Wechselkurs für den Tausch von DDR-Mark in DM zurückgewiesen. Bisher gebe es keine Festlegung und keine Entscheidung über einen Umtauschsatz. Positiv zu einer Währungs- und Wirtschaftsunion äußerten sich die Kieler Weltwirtschaftsinstitut, das IW-Institut und der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Rölller. Dies geht aus Berichten der Agenturen dpa, Reuters AP und AFP hervor.

26 FEB 90 SZ 26.2.90  
Bundesfinanzminister Theo Waigel hat die mit Fragen einer deutschen Währungsunion befaßten Politiker zu absoluter Discretion aufgefordert. Bevor nicht alle wirtschaftlichen Fakten auf dem Tisch lägen, sei es „verantwortungslos und in hohem Grade schädlich“, in der Öffentlichkeit über einen Wechselkurs für den Tausch von DDR-Mark in D-Mark zu spekulieren.

Pöhl sagte in einem Spiegel-Interview es sei „ganz irrational, daß die DDR-Bürger jetzt panikartig ihre Konten plündern“. Schließlich bekämen sie für ihre Ersparnisse in DDR-Mark „auf jeden Fall einen günstigeren Umtauschkurs als den Satz, den es heute auf dem freien Markt gibt“. Pöhl sprach von einer zukünftigen „Währungsumstellung“ in der DDR, ohne sich konkret auf einen Umtauschkurs festzulegen. Eine Währungsunion schon in wenigen Wochen ist seiner Ansicht nach eine Illusion. Ob Steuererhöhungen in der Bundesrepublik zur Finanzierung der Einheit nötig seien, könne derzeit nicht beurteilt werden. Er finde aber das „Geschehen“, das bei der Erörterung dieser Möglichkeit anhebe, „beschämend“. Die große Mehrheit des Volkes wolle die Einheit: „Dann müssen wir auch bereit sein, die damit verbundenen Kosten zu tragen.“

### Die Sparguthaben

Die jetzt um ihre Guthaben bangenden DDR-Bürger haben nach Angaben der Osterliner Zentralverwaltung für Stati-

stik im vergangenen Jahr 10,5 Milliarden DDR-Mark oder 6,3 Prozent ihrer Einkommen gespart, eine Milliarde weniger als 1988. Ende 1989 hätten die Sparguthaben und Bargeldbestände in der DDR 177 Milliarden Ost-Mark betragen. Das monatliche Pro-Kopf-Einkommen in der DDR betrug im letzten Jahr rund 850 DDR-Mark.

### Bedenken in Rom

Die Finanzminister der Vereinigten Staaten und Italiens, Nicholas Brady und Guido Carli, haben sich besorgt über die Folgen einer deutsch-deutschen Währungsunion für die Weltwirtschaft geäußert. Carli sagte nach einem Gespräch mit seinem US-Kollegen in Rom, wenn eine Zinserhöhung in Deutschland auf die internationalen Finanzmärkte übergreifen würde, könnte das die Wirtschaftsentwicklung weltweit bremsen. Viele Zentralbankiers teilten die Inflationsängste. Laut Carli stand die deutsche Währungsunion im Mittelpunkt des Gesprächs. Beide Seiten sähen es als notwendig an, daß die deutsche Einigung parallel mit einer beschleunigten Einigung Europas verwirklicht werde. Sacconi teilte mit, daß sich die Finanzminister der sieben größten westlichen Industriestaaten im Frühjahr treffen wollen.

Risiken für die Stabilität der DM bei einer forcierten Währungsunion sieht auch der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Markus Lusser. Falls die

Deutschen im Westen aber bereit seien, die finanziellen Opfer zu bringen, die ein riesiger Finanztransfer in die jetzige DDR erfordern würde, sei ein solches Projekt durchaus machbar. Es wäre sicher leichter, wenn man schrittweise an eine Angleichung der beiden Währungen heran-gehe.

### „Keine Inflationsgefahr“

Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Wolfgang Rölller, sagte in der Neuen Osnabrücker Zeitung, die unerwartet rasche politische Entwicklung in der DDR habe durchaus Anlaß für einen gewissen Zinsanstieg gegeben, keinesfalls aber in dem Ausmaß wie in den vergangenen Wochen. Der Anstieg wurde nach den Worten des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, von Sorgen vor einem beschleunigten Preisanstieg in der Bundesrepublik durch eine Währungsunion gefördert. In Bild am Sonntag urteilte er, diese Sorgen seien nicht berechtigt, weil die Bundesbank die Geldwertstabilität sichern werde. Die Zinsen stiegen aber vor allem, weil die Nachfrage nach Kredit kräftig zunahm. Sie werde wegen des Investitionsbedarfs in der DDR in den nächsten Jahren weiter steigen. Wenn er auch mit einem baldigen Stopp des Zinsauftriebs rechne, so sehe er für einen deutlichen Rückgang gegenüber dem derzeitigen Niveau zur Zeit keine Gründe.

Rölller hält die öffentlich genannten Zahlen über den Kapitalbedarf der DDR für weit überhöht. In Hamburg erklärte der Chef der Dresdner Bank: „Das Handieren mit drei- oder gar vierstelligen Milliardenbeträgen ist sachlich unbegründet und für die Kapitalmärkte schädlich.“ Viele

## Hamburg und Ruhrgebiet Aufsteiger der 90er Jahre!

Hamburg (AP) - Die in der Vergangenheit mit Strukturproblemen kämpfenden Wirtschaftsräume Hamburg und Ruhrgebiet sind nach Einschätzung der Unternehmer die kommenden Aufsteigerregionen im Europa der neunziger Jahre. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Hamburger Manager-Magazin zusammen mit dem

le Probleme in den DDR-Betrieben seien nicht Investitions-, sondern Organisationsprobleme.

### „Schnell aufgeholt“

Der Präsident des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel, Horst Siebert, hält es für möglich, daß die DDR bei schnellen Reformen in fünf Jahren das Wohlstandsgefälle weitgehend ausgeglichen hat. Siebert sagte im Südwesfunk, er rechne mit Wachstumsraten zwischen sieben und neun Prozent in der DDR. Hierfür reichte seiner Ansicht nach eine Währungsunion aber nicht aus. Vielmehr müsse auch eine Union der Wirtschaftsordnung hergestellt werden. Er forderte, daß die Bundesbank über den Umtauschkurs beider Währungen entscheide und nicht die Politiker. Beim Umtauschkurs müsse auch berücksichtigt werden, daß die DDR-Industrie auf dem Weltmarkt weitgehend nicht konkurrenzfähig sei. Eine unterbewertete DDR-Mark könne als Schutzschild für die Betriebe dort dienen. Den Geldüberhang in der DDR hält Siebert für nicht spektakulär groß.

### Wachstum wahrscheinlich

Die wirtschaftlichen Aussichten der DDR sind günstiger als vielfach angenommen. Zu diesem Schluß kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln. Befürchtungen, daß der unausweichliche Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß in der DDR zu Massenarbeitslosigkeit führt, seien unbegründet. Bei dem großen Nachholbedarf der Konsumenten und Investoren sei es vielmehr sehr wahrscheinlich, daß der erwartete Produktivitätsschub in der DDR ungeschmälert in zusätzliches Wachstum umgesetzt werde.

## neunmark und die Öffnung Osteuropas

erwartet. Die Binnenmarkteffekte erwarten die Forscher hauptsächlich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, die Auswirkungen der Öffnung Osteuropas erst danach. Auf den Plätzen folgten Stuttgart mit 81 Punkten, Paris mit 79, die Lombardei/Mailand mit 78, Südhessen/Frankfurt

# Experten der EG-Kommission widersprechen der Bundesregierung / „Hoheitsgebiet müßte auf jeden Fall neu definiert werden“

Von Wilfried Münster

52 17.2.90

Brüssel, 26. Februar - Erweitert sich die Europäische Gemeinschaft um die heutige DDR, so muß der EWG-Vertrag auf jeden Fall geändert werden. Mit dieser These widersprechen Sachverständige der Brüsseler Kommission wie auch des Europäischen Parlaments der auch von der Bundesregierung vertretenen Ansicht, die Römischen Verträge blieben unberührt, wenn der östliche deutsche Staat und seine Länder das Grundgesetz gemäß seinem Artikel 23 anerkennen und sich so an die Bundesrepublik angliedern würden. Auch dann, so meinen die Experten, müsse das Hoheitsgebiet der EG neu definiert werden. Allerdings sei eine solche Vertragsänderung bei halbwegs gutem Willen aller EG-Staaten nur eine Formalität. Politische Brisanz enthalte dagegen die Frage, ob und wann die vielen Regeln der EG im heutigen Gebiet der DDR gelten werden.

Diese Brisanz ist bereits im Deutschland-Ausschuß der EG-Kommission sichtbar geworden, der Ende Januar unter der Leitung des deutschen Kommissionsmitglieds Martin Bangemann gebildet worden war. Ihm gehörten zunächst nur die unmittelbar vom Beitritt oder der Eingliederung der DDR betroffenen Ressortschafts der Brüsseler Behörde an, so die Kommissare für die Außenbeziehungen und Wirtschaftspolitik. Nach und nach pochten jedoch immer mehr Kommissare auf ihre Teilnahme, so daß der Ausschuß inzwischen die gesamte Kommission umfaßt. Daraufhin beanspruchte der französische Präsident des 17köpfigen Brüsseler Gremiums, Jacques Delors, die Leitung für sich. Er verlor in einer Kampfabschlusssitzung gegen Bangemann, der dafür indes hinnehmen mußte, daß unter der Führung des niederländischen Außenkommissars Frans Andriessen sowie seines für die Wirtschaftspolitik zuständigen dänischen Kollegen Henning Christophersen zwei Untergruppen eingerichtet wurden.

Die Rechtsexperten in Brüssel gehen davon aus, daß nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Konferenz der europäischen Regierungen einberufen werden muß, die das Gebiet der EG nach Artikel 227 des EWG-Vertrages neu bestimmt. Der neue Artikel 227 ist dann vor allen nationalen Parlamenten zu ratifizieren. Die Beispiele Grönlands und des

Saarlandes zeigen, daß dies politisch geräuschlos vonstatten gehen kann. Die für Ende April vorgesehene Sonder-Gipfelkonferenz der EG über Deutschlandkompetenz nach Meinung des SPD-Abgeordneten im Europa-Parlament, Klaus Wetzig, bereits eine solche Regierungskonferenz einberufen.

Weniger geräuschlos werden vermutlich die Verhandlungen zwischen dem neuen deutschen Mitgliedstaat und seinen elf Partnern darüber ablaufen, von welchen gemeinschaftlichen Vorschriften und Listen der ostdeutsche Teil für wie lange ausgenommen bleiben soll. Die anderen EG-Staaten fürchten vor allem Niedrigpreis-Angebote aus Ostdeutschland, und sie argwöhnen, daß Westdeutschland wie auch die EG und damit sie selbst in der heutigen DDR mit Milliardenmitteln die Konkurrenz von morgen heranziehen. Wie, so wird in Brüssel beispielsweise

## Brüssel: Alle von Einheit Betroffenen konsultieren

Brüssel (AFP) - Der belgische Außenminister Mark Eyskens hat nach eigenen Angaben seine Amtskollegen in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien aufgefordert, alle von einer deutschen Einheit betroffenen Länder in dieser Frage zu konsultieren. Eyskens teilte mit, er habe James Baker, Roland Dumas und Douglas Hurd eine Botschaft mit der Aufforderung geschickt, daß sich die Teilnehmer an der sogenannten „Vier-plus-zwei“-Konferenz zu gegebener Zeit mit den anderen betroffenen Ländern absprechen. Der belgische Außenminister äußerte sich bei einem Kolloquium in Brüssel über europäische Sicherheitspolitik. Eyskens schlug vor, die 35 KSZE-Staaten oder zumindest die europäischen Mitglieder dieses Forums sollten ein permanentes Organ zur Abstimmung in Sicherheitsfragen schaffen. Das könnte ein „Sicherheitsrat für die 35 oder die europäischen Länder sein“, sagte der Außenminister. Nach Angaben der belgischen Nachrichtenagentur Belga. An der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) seien alle Staaten Europas - mit Ausnahme Albaniens - sowie die USA und Kanada teil

gefragt, ist der zu erwartende Kapitalfluß von der Bundesrepublik in die DDR. Indes sind zu bewerten? Nach dem Recht der EG sind die kommenden Milliardenkredite Beihilfen, die in jedem Einzelfall von Brüssel genehmigt werden müßten, und zwar unter dem Gesichtspunkt gleicher Wettbewerbschancen in der gesamten Gemeinschaft. Wie verhält sich die EG ferner dann, wenn sich westdeutsche Konzerne an den Industriekombinaten beteiligen und damit Unternehmensgrößen erlangen, die die Wettbewerbsituation in der gesamten EG verändern?

Besonders heikel sind die Liefer- und Abnahme-Verpflichtungen der heutigen DDR innerhalb der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Comecon. Bussse für den öffentlichen Linienverkehr darf die DDR, so wird in Brüssel als Beispiel angeführt, nur in Ungarn beziehen. Solche exklusiven Abnahmeverträge verstoßen

## Genscher: Keine Änderung der EG-Verträge nötig

Bonn (dpa) - Nach Ansicht von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist die Aufnahme der heutigen DDR in die Europäische Gemeinschaft nach einer Vereinigung beider deutschen Staaten ohne Vertragsänderung möglich. Genscher stellte sich damit in Gegensatz zu Äußerungen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die sich gegen eine automatische EG-Mitgliedschaft der DDR ausgesprochen hatte. Genscher behörte auch die heutige DDR zur Gemeinschaft. Natürlich müsse das Sekundärrecht der EG in der DDR entsprechend angepaßt werden. Genscher begrüßte die positive Haltung, die der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, in dieser Frage eingenommen habe. „Allein diese Haltung wird dem EG-Vertrag, aber auch der Würde der Deutschen in der DDR gerecht, die sich in einer friedlichen und freizeithen Revolution den Weg zur Demokratie erstreiten haben“, sagte Genscher. Frau Thatcher hatte erklärt, die automatische EG-Mitgliedschaft der DDR würde bedeuten, einer „Aktion aufzunehmen, die seit den 30er Jahren entweder

indes gegen das EG-Recht und der EWG-Vertrag verlangt im Artikel 234 kategorisch, daß ein Mitgliedstaat mit dem Gemeinschaftsrecht kollidierende internationale Verpflichtungen auflöst.

Die gesamte Prozedur einer Vertragsänderung - mit einer Regierungskonferenz sowie der Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente - wäre nach Ansicht Brüsseler Experten zu durchlaufen, wenn die verschiedenen Hilfsfonds der Gemeinschaft, der Regionalentwicklung-, Agrarstruktur- und Sozialfonds, zugunsten der DDR aufgestockt werden müßten. Dies gilt als wahrscheinlich, weil die anderen begünstigten EG-Staaten im Zweifel nicht bereit sein werden, von ihren Anteilen an Ostdeutschland abzugeben. Wahrscheinlicher ist, daß sie im Gegenteil eine Vertragsänderung zu nutzen versuchen, um den eigenen Mittelzufluß noch zu vergrößern.

Als das technisch schwierigste Problem könnte sich der Finanzbeitrag des neuen deutschen Mitgliedstaates erweisen. Er fließt zum Großteil aus der Mehrwertsteuer. Die DDR kennt diese Steuer aber noch nicht. Die Sachverständigen meinen, daß der Beitrag Ostdeutschlands von Brüssel zu schätzen und dann von Westdeutschland zu überweisen sei.

## Während Havel's Besuch in Moskau

### Erste Sowjettruppe

#### Abzug der 73 000 Mann so

Von Bernhard Küppers  
Moskau, 26. Februar - Der Präsident der CSSR, Vaclav Havel, ist am Montag im Kreml mit Staats- und Parteichef Gorbatschow zu einer Unterredung zusammengetroffen, bei der es der Agentur TASS zufolge um die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern, den Abzug der sowjetischen Truppen und die Lage in Europa ging. Am Montag begann in der Tschechoslowakei der Abzug der sowjetischen Truppen, dessen vollständiger Abschluß für 1991 vorgesehen ist, von Havel und Gorbatschow aber vor Unterzeichnung des bereits paraphierten Abkom-

# Wirtschaftsraum Gesamteuropa im Blick

## Bonner KSZE-Treffen im März soll ökonomische Kontakte der Teilnehmerstaaten verbessern

Bonn (ap). Als im Januar 1989 auf dem Wiener Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Termin für eine Wirtschaftstagung festgelegt wurde, waren Reformen in Osteuropa kaum in Sicht und die Hoffnung auf neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West gering. Das am 19. März in Bonn beginnende, über dreiwöchige Treffen von Politikern und Fachleuten aus 35 Staaten hat jedoch durch die Umwälzungen im östlichen Wirtschaftsraum seit dem Herbst 1989 an Bedeutung gewonnen: Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann hofft, daß es ein „Meilenstein auf dem Weg zur Herausbildung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes“ wird.

Den Grundstein für ihre erste Wirtschaftskonferenz hatten die 35 KSZE-Teilnehmer — alle europäischen Staaten mit Ausnahme Albaniens, außerdem die USA und Kanada — bereits 1975 in der Schlußakte von Helsinki gelegt. Damals wurden drei Beratungsschwerpunkte, sogenannte Körbe, für den KSZE-Prozess definiert, der in Europa Stabilität und Sicherheit fördern und zwischen West und Ost

vielfältige Formen der Zusammenarbeit entwickeln soll.

Bislang lag der Schwerpunkt der Tagungen auf den Körben I und III, den Bereichen Sicherheit, Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen sowie humanitäre Belange, Menschenrechte, Informationsfreiheit, Kultur und Bildung. Vereinbarungen über Korb II, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur, erschienen offenbar wenig erfolgversprechend, solange der östliche Wirtschaftsraum abgeschirmt und der Handel zwischen Ost und West mühsam und wenig flexibel war.

Jedenfalls dauerte es bis Januar 1989, als auf dem dritten KSZE-Folgetreffen beschlossen wurde, das „Vollzugsdefizit“ im wirtschaftlichen Bereich auszuräumen: Der Beginn der Konferenz wurde auf den 19. März, 15 Uhr, in Bonn angesetzt und die Tagesordnung für die bis zum 11. April dauernden Beratungen festgelegt.

Einen ersten Anstoß hatte fast drei Jahre zuvor Bundeskanzler Helmut Kohl gegeben, als er im Mai 1986 auf einem internationalen Parlamentariertreffen in Bonn eine solche

Konferenz vorschlug. Die EG konnte für die Idee gewonnen werden, und sie brachte im Februar 1987 den Vorschlag förmlich bei der KSZE ein. Gemäß den Spielregeln der 35-Staaten-Konferenz mußte der Beschluß über Ort und Termin der Konferenz im Konsens gefaßt werden. Erst kurz vor Ende des Wiener Treffens hatte man sich dann auf Bonn als Tagungsort geeinigt. **28. FEB. 90**

Den Konferenzteilnehmern ist die Aufgabe gestellt, den wirtschaftlichen Beziehungen der 35 Staaten frische Impulse zu geben. In vier Arbeitsgruppen soll überlegt werden, wie die Reformprozesse in Osteuropa stabilisiert und gefördert, die Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen unterstützt und diese Länder besser in die Weltwirtschaft integriert werden können. Außerdem geht es darum, die Heranbildung privatwirtschaftlicher Strukturen in den osteuropäischen Staaten zu fördern und die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern. Schließlich sollen auch Währungsfragen erörtert werden. Die Ergebnisse sollen dem nächsten KSZE-Folgetreffen 1992 in Helsinki vorgetragen werden. Doris Berve

Vorschlag des Steuerzahlerbundes:

FEB. 90 SZ 27.2.90

## Bonn soll DDR-Hilfe aus ERP-Fonds bezahlen

### „Im Europäischen Wiederaufbauprogramm langfristig 15 Milliarden Mark verfügbar“

Bonn (AP/dpa) — Der Bund der Steuerzahler hat zur Finanzierung der Hilfe für die DDR den vollständigen Einsatz der Gelder aus dem Europäischen Wiederaufbauprogramm (ERP) gefordert; dafür solle die Wirtschaftsförderung aus diesem Fonds in der Bundesrepublik eingestellt werden.

Der Steuerzahlerbund veröffentlichte am Montag in Bonn Berechnungen, wonach noch in diesem Jahr 2,5 Milliarden Mark mobilisiert werden können — zusätzlich zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Aufstockung der ERP-Summe um

sechs Milliarden Mark, verteilt auf vier Jahre. Mittel- und langfristig ließen sich aus dem Sondervermögen 15 Milliarden Mark bereitstellen.

Zusammen mit Etatumschichtungen und Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben, beim Bundesgrenzschutz, der Zonenrand- und der Berlin-Förderung sowie bei anderen Subventionen kämen dann „erleckerliche jährliche Summen zusammen, die schädliche Schulden- und Steuererhöhungen überflüssig machen“, hieß es in der Mitteilung der Steuerzahler.

Der ERP-Wirtschaftsplan, früher Marshallplan genannt, hatte 1989 ein Volumen von 5,2 Milliarden Mark, mit denen besonders Existenzgründungen und Investitionen in strukturschwachen Gebieten, Umweltschutzmaßnahmen und die Berlin-Förderung mitfinanziert wurden.

Nach Ansicht des Stuttgarter Finanzministers Guntram Palm wird die Wiedervereinigung der elf Länder der Bundesrepublik jährlich zwischen 10 und 20 Milliarden Mark an Ausgleichszahlungen für die fünf geplanten DDR-Länder kosten.

R-TELE

Die Sp

no asterar-  
de-gemäß  
aus.  
Submissi-  
onsan-  
It Achim  
fbauamt  
en  
den 1.  
gdamm.  
eistbie-  
as 1302.  
ivollzie-

fentlung  
de-H  
tor  
30 P  
Geri  
Sammen  
menlich  
yach  
vo-l  
mat  
Tief  
mat  
nes  
3.9  
042

## Transportwesen schon marktwirtschaftlich

### Institut: DDR-Arbeitsproduktivität kann sich in 10 Jahren verdoppeln / GmbH mit Bremer Hilfe

Köln/Berlin (eb/ap). Die Arbeitsproduktivität in der DDR dürfte sich nach Einführung der Marktwirtschaft in den nächsten zehn Jahren verdoppeln. Damit wird die Proppel-Produktion in der DDR im Jahr 2000 gut 10 Prozent des bundesdeutschen Niveaus erreichen. **Weser Kurier 27.2.90**

Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln in einer Untersuchung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven der DDR in den 90er Jahren. Ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 7,5 Prozent im Jahr würde gewährleisten, daß die DDR von chronischen Arbeitsmarktproblemen verschont bliebe. „Eine siebenprozentige Steigerung der Produktivität je Erwerbstätigen pro Jahr von 1990 bis 2000 ist realistisch“, meinte das IW. „Sie entspricht etwa dem Produktivitätstrend in der Bundesrepublik wäh-

rend der ersten Wirtschaftswunderjahre.“

Bei den staatlichen DDR-Transportbetrieben hat nach Auffassung des Ostberliner Verkehrsministeriums die soziale Marktwirtschaft bereits begonnen. Der Leiter der Hauptverwaltung Kraftverkehr, Peter Thiemann, sagte in Ost-Berlin, zur Finanzierung des gesamten Transportwesens der DDR sei die Gründung einer Transportbank als Aktiengesellschaft unter der Trägerschaft westdeutscher Banken in Angriff genommen worden. Eine Leasing-Gesellschaft für Transportgeräte und Ausrüstungen sowie die Einrichtung einer Transportbörse als Genossenschaft sollen einen schnellen Anschluß des DDR-Transportwesens an den westlichen Standard gewährleisten.

In der DDR müssen große Milliardensummen für den Umweltschutz ausgegeben wer-

den. Nach einer Studie der Vereins- und Westbank in Hamburg sind allein zur Sanierung des teilweise veralteten Kanal- und Sietnetzes rund 85 Mrd. DM notwendig. 25 bis 40 Mrd. müßten für Regenwasser-Speicherbecken aufgebracht werden. Auch für die rund 8000 Kläranlagen seien neue Investitionen erforderlich.

In Gera wurde jetzt die erste Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Bezirk Gera gegründet. Die CDK GmbH Computer-Datenverarbeitungs-Kassenterminals ist das Ergebnis gegenseitiger Bemühungen der CDK in Bremen und ehemaliger Beschäftigter des Ingenieurbüros für die Anwendung von Mikroelektronik in Gera. Das Unternehmen wird Computer und Kassenterminals in der DDR herstellen und vertreiben. Geplant ist auch der Betrieb von Rechenzentren und die Fertigung von Software.

5. FEB. 90 WK 5.2.90

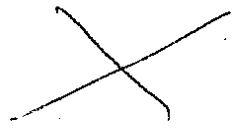
# „Starrer Tausch ist Nachteil“

Köln (mo). Der DDR-Außenhandel leidet unter strukturellem Wettbewerbsnachteil, weil er nach einem starren Tauschschemata funktioniert. Zu diesem Ergebnis kommt das industrienahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die Betriebe im anderen Teil Deutschlands lieferten relativ einfache Produkte, vor allem aus dem Verbrauchssektor, und müßten technologisch anspruchsvolle Investitionsgüter beziehen. Ganz anders die Bundesrepublik: Bei ihr dominierten hochwertige Maschinen und Fahrzeuge sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite. Das IW folgert daraus, daß sich die beiden deutschen Staaten auf den Absatzmärkten westlicher Industriestaaten wenig Konkurrenz machen. Über 43 Prozent aller bundesdeutschen Ausfuhren dorthin berührten Autos, Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse. Im DDR-Export erreichten die drei Gruppen lediglich

18,4 Prozent. Umgekehrt steuerten Brennstoffe, Eisen und Stahl sowie Möbel- und Holzwaren 29 Prozent zu den DDR-Westverkäufen bei, während es in der Bundesrepublik nur 6,5 Prozent seien.

Das IW zeichnet vom DDR-Außenhandel ein trüberes Bild, als es die offiziellen Statistiken ausweisen. Es beruft sich auf Meldungen von westlichen Handelspartnern. Danach habe der Außenhandel der DDR 1988 etwa 53,5 Mrd. Dollar umgesetzt. Dieser Betrag unterschreite um 10 Mrd. Dollar die amtlichen DDR-Zahlen. Der Anteil der DDR am Welthandelsumsatz betrage nur 0,9 Prozent, der der Bundesrepublik 9,9 Prozent. Ost-Berlin konzentrierte seine Wirtschaftsbeziehungen einseitig auf die europäischen Ostblockstaaten. Die UdSSR ist mit 40 Prozent Anteil der bedeutendste Ostpartner. Mit der Bundesrepublik tätigt die DDR 80 Prozent ihres Westhandels.

(neben  
h  
sicht-  
igkeit,  
Über-  
sumen  
macht  
iel ist  
n  
diske  
tit.



## Risiko Kohl t a z 27.2.90

### Grenzdiskussionen ohne Ende 27. FEB. 90

Die feiste Zweideutigkeit dieses Bundeskanzlers bei der Frage der polnischen Westgrenze ist ebenso verlässlich, wie der anschließende innenpolitische Sturm im Wasserglas anodet. Wenn jetzt Hildegard Hamm-Brücher wegen des „Geeires“ von Kohl die „Koalitionsfrage“ auf die Tagesordnung setzen will und Lambsdorff vorsichtig mit der Aufkündigung der Koalition für die Wahl im Dezember droht, so muß man sich fragen, ob es jetzt mehr bedeutet als den üblichen Theaterdonner. Kohls Formel, mit der er die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf die Zeit nach der deutschen Vereinigung vertagt, wird gleichwohl immer brisanter, je häufiger er sie wiederholt und je mehr die politischen Situationen Gewicht haben. Wenn Kohl sich im Rahmen der Konsultationen mit den Siegermächten in der Frage der deutschen Einheit nun auch wieder in Camp-David auf diese Formel zurückgezogen hat, dann hat sie allmählich einen ganz anderen Inhalt. Wer will es den Polen jetzt verdenken, wenn sie vermuten, der deutsche Einheitskanzler ziele auf die Grenzen von 1937?

Bislang funktionierte jedenfalls das Zusammenspiel von Außen- und Innenpolitik in fataler Routine: Genscher bot alle diplomatischen Zusicherungen zur Endgültigkeit der polnischen Westgrenze — siehe UNO-Rede — und Kohl hielt sie innenpolitisch offen. Wohlmeinende buchten diese routinierte Zweideutigkeit der deutschen Politik ab unter dem Stichwort Wahlkampfstrategie und Beschwichtigung der Vertriebenen. Jetzt hat Kohl praktisch in zehn Tagen ein außenpolitisches Desaster angerichtet, das diese Erklärung nicht mehr zuläßt: Er hat durch seinen außenpolitischen Berater Teltschik die Sowjetunion brüskiert („der Schlüssel der deutschen Frage liegt in Deutschland“); er hat mit seiner forcierten Währungsunion deutlich gemacht, daß die Bundesregierung die DDR wie eine Immobilie kaufen will; damit hat er kurzen

Prozeß mit allen völkerrechtlichen Problemen angekündigt; durch seinen Auftritt in den USA hat er endgültig die polnische Westgrenze zum internationalen Streitthema erhoben. Kohl hat also alles getan, um den Prozeß der deutschen Einheit in den Konflikt mit den Nachbarn und mit den Siegermächten zu führen.

Erneut stellt sich also die Frage nach dem größten Geheimnis der gegenwärtigen Innenpolitik: ist Kohl dumm? Wer meint, die Vereinigung müßte harmonisch mit den Nachbarn, als Teil der europäischen Einigung und als allgemeiner Prozeß einer künftigen Friedensordnung geplant werden, muß die Frage bejahen. Aber Kohls Sturheit legt den Schluß nahe, daß er genau das nicht will, den Prozeß der Einheit ohne Feinde. Sein Design sieht offensichtlich anders aus. Feinde sind nützlich — wenn außerdem die Feinde der Einheit im Osten sind — es also die altbekannten Feinde sind, dann sind sie um so nützlicher. Er forciert den Anschluß der DDR, gegen jede wirtschaftspolitische Rationalität, weil eine moralisch, gesellschaftlich und ökonomisch ruinierte DDR für seine Machterhaltungspolitik politisch billiger kommt. Ökonomisch ist es der teuerste Weg — und das muß innenpolitisch verkauft werden. Je mehr er Polen und die Sowjetunion zu Feinden der Einheit macht, desto mehr werden die unübersehbaren Kosten akzeptiert. Eine Politik, die sich auf den latenten Rassismus, auf die Polenfeindlichkeit und auf das Ressentiment gegen die Siegermächte verläßt. Kohl sieht — nur das macht Sinn — die innenpolitische Alternative sehr genau: wirtschaftspolitische Vernunft bei der deutschen Vereinigung verlangt viel Zeit, verlangt Programme, Konsens — stützt die Politik Lafontaines. Kohl setzt auf Demagogie und Nationalismus und hat sich schon seine Feinde organisiert. Primat der Innenpolitik also, und wenn die außenpolitische Welt in Scherben fällt. Klaus Hartung

28. FEB. 90

# Einheit? Vielheit?

Der polnische Schriftsteller Jacek Bochenski und die deutsche Vereinigung

Eine Vorbemerkung: Wir Schriftsteller haben Einheit nicht gern. Wir ziehen Vielheit vor. Das ist klar.

Wir — Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle, und was wir auch immer sein mögen — verknüpfen Einheit mit Beschränktheit, dagegen Vielheit mit Freiheit. Einheit ist uns anstößig. Vielheit ist uns lieb. Einheit ist Gleichschaltung. Vielheit ist Unterschiedlichkeit. Einheit muß dumm, Vielheit kann geistvoll sein.

Noch schlimmer: Einheit bedeutet Zwang. Einheit ist eine zusammengepreßte und erstickte Vielheit. Einheit ist ein Getrampel vieler Füße. Ein Geschrei vieler Kehlen. Vielleicht ein Haufen vieler Leichen. Einheit ist der Tod. Wir haben Angst vor der Einheit. Hier ist meine Vorbemerkung zu Ende.

Ich nehme an, von mir wird eigentlich die Antwort auf eine bestimmte Frage erwartet, nämlich auf die folgende: Habe ich Angst vor der Einheit Deutschlands?

Antworte ich „ja“, wundert sich wahrscheinlich keiner. Denn es ist selbstverständlich, daß einem alten, grauhaarigen Polen peinliche

„Ich fürchte, die gedämpften Haßgefühle und Ressentiments wurden nach 1945 bei den Ostdeutschen gleichsam eingefroren ...“

Lehren der Geschichte in Erinnerung geblieben sein müssen und er an der Einheit Deutschlands keine Lust findet.

Antworte ich „nein“, ist die Verwunderung wohl eher gemäßigt. Man kennt ja die offizielle polnische Einstellung dazu. Es kommt auf ein paar Gewährleistungen an. Nichts Besonderes also. Sind etwa Franzosen nicht ähnlich

Na ja, aber ... Ich bin kein Franzose. Ich komme aus dem Osten. Interessant wäre also die Begründung, warum ich keine Angst vor der Einheit Deutschlands habe — vorausgesetzt, ich habe wirklich keine.

Einer Umfrage zufolge sind im Moment 44 Prozent der Polen gegen die Vereinigung, 41 Prozent würden sie gutheißen, die „übrigen“ 15 Prozent können sich nicht entschließen. Die Umfrage führten 'The Economist' und 'The Los Angeles Times' durch.

Nun ein Zitat aus dem Jahre 1978: „Die ganze Grenze lang werden Deutsche von Deutschen ständig ums Leben gebracht. Das ist unerhört. Das darf nicht so weitergehen.“ Ich zitiere weiter aus demselben Papier: „Die Vereinigung Deutschlands, falls sie zur Tatsache wird, soll kein Anlaß zu neuen Störungen in den polnisch-deutschen Beziehungen sein, sondern im Gegenteil: Sie soll zur allgemeinen Integration in diesem Teil des Kontinents beitragen.“

Wer hat diese Worte von 1978 geschrieben? Ein polnischer Schriftsteller, der inzwischen verstorbene Andrzej Kijowski, mein Freund, der sich an einer Dissidenteninitiative jener Jahre beteiligte. Die Initiative hieß polnische Verständigung für Unabhängigkeit. Von Solidarność war damals noch keine Rede.

Kijowski begründete seinen Standpunkt hauptsächlich mit zwei Argumenten: Erstens: Die Menschenrechte, einschließlich des Selbstbestimmungsrechtes, müssen überall respektiert werden. Zweitens: Der Abbau des kommunistischen Regimes in der DDR und der Abzug sowjetischer Truppen aus Ostdeutschland liegt im Interesse Polens; die Befreiung Polens von der sowjetischen Herrschaft ist undenkbar, solange die Sowjetunion ihre Statthalter und ihre Armeen im westlichen Nachbarland DDR unterhält

Die Überzeugungskraft des zweiten Arguments scheint zwar angesichts der jüngsten Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ein wenig geschwächt zu sein. Trotzdem bin ich mit Kijowski heute wie vor zwölf Jahren im Prinzip einverstanden. Seinen Überlegungen möchte ich aber einiges hinzufügen.

Ich bin für die Vereinigung aus oben erwähnten humanitären und

überdies aus einem ganz besonderen Grund: aus Angst. Aus Angst vor dem neuartigen, postkommunistischen deutschen Nationalismus. In diesem Zusammenhang muß ich vor allem an die DDR denken.

Die Hoffnung der Jahrzehnte, daß der nationalistiche Fremdenhaß im Kommunismus verschwindet, die Leute sich eine friedliebende Mentalität aneignen. Finsterlinge aufgeklärt, Chauvinisten umerzogen werden usw., hat sich nicht erfüllt. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Dafür gibt es traurige Beweise in jedem beliebigen kommunistischen Land, sei es in Jugoslawien, Aserbaidschan, nicht zuletzt

„Ich bin für die Vereinigung, aus Angst vor dem postkommunistischen deutschen Nationalismus“

ta  
28-2-90

in der DDR, aber auch in Polen, wo wir bedauernswerte Zeichen der Intoleranz den Volksdeutschen oder Ukrainern gegenüber hie und da zu verzeichnen haben.

„Umerzierung“ ist unter totalitärem Druck weder echt noch wirklich möglich, da sie — als seelischer Gewaltakt — überwiegend abgelehnt, obwohl scheinbar von allen hingenommen wird. So wurden, fürchte ich, die gedämpften Haßgefühle und Ressentiments nach 1945 bei den Ostdeutschen im Gegensatz zu den Westdeutschen gleichsam eingefroren, konservert und aufbewahrt. Eine gefährliche Konservenpackung! Ich kann mir ihren Inhalt vorstellen. Ich habe Angst davor. Sie soll nicht länger aufbewahrt werden. Ich will sie loswerden. So schnell wie möglich. Auch deshalb bin ich für die Vereinigung, meine Damen und Herren.

Der Autor lebt in Warschau und war während des Kriegechts interniert. 1987 erhielt er den Solidarność-Literaturpreis. Er hat diesen Text in deutscher Sprache geschrieben und beim Schriftstellertreffen „Deutsche Fragen“ (siehe Seite 17) am vergangenen Wochenende

Nachwort

STRATEGIE DES KAPITALS: Rechtssystem der BRD übernehmen!

Die Frage nach "der" Strategie "des" Kapitals, das seine Vorstellungen durchsetzt, geht von einer gewissen Drahtziehvorstellung beim Verhältnis Unternehmensbereich und Politik aus. Sie repräsentiert die Vorstellung von einem übermächtigen einheitlichen Gegner. Daraus folgt dann die wohl mißverständene und gescheiterte Vorstellung von Diktatur einer Klasse in der Form der politischen Tyrannei eines totalitären Herrschaftsapparates.

Unterhalb der allgemeinen Aussage, daß "das" Interesse "des" Kapitals die Ausbeutung "der" Arbeiter ist, gibt es viele Strategien der verschiedenen Kapitalfraktionen, die auch ganz wesentlich von der jeweiligen Stärke der Arbeiter- und Bürgerbewegungen und deren Inhalt beeinflußt wird. Schon nur die dauernden Gegensätze zwischen Handel und Produktion, zwischen Kreditnehmer und Kreditgeber, zwischen Grundbesitzer und Pächter/Bodennutzer führen unterhalb der allgemeinsten Ebene zu unterschiedlichen Strategien der verschiedenen Kapitalfraktionen. und haben in der Geschichte auch immer wieder zu Konflikten geführt, die sich bis zu Kriegen und Bürgerkriegen zugespitzt haben und weiter zuspitzen können.

In Bezug auf die Vereinigung Deutschlands gibt es auch schon weit unterhalb dieser grundsätzlichen Interessengegensätze unterschiedliche Strategien. Wenn schon Spitzenmanager aus der gleichen Branche z.B. der Autoindustrie so total unterschiedliche Strategien verfolgen wie die von VW (Joint Venture mit DDR-Kombinat IFA vorläufig in Hannover über den Bau eines Kleinwagens in der DDR) und von BMW (in der DDR gibt es auf lange Zeit weder einen nennenswerten Absatzmarkt noch Lieferanten noch Möglichkeiten für gemeinsame Unternehmungen) so kann zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen erst recht noch nicht "die" gemeinsame Strategie entwickelt worden sein, die über die schlichte Forderung hinausgeht: Unterordnung der Produktionsbedingungen in Ostdeutschland unter kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Das Praktischste für die westdeutschen Unternehmer wäre dabei natürlich die Übernahme des Rechtssystems der BRD, weil das Verwaltungskosten spart, weil das die einheitlichen gleichen Konkurrenzbedingungen in Westdeutschland im Fall einer Wirtschafts- und Währungsunion nicht durcheinander bringt und weil es vermeiden würde, die vielen in langdauernden und teuren Konflikten ausgehandelten

Kompromisse noch einmal auszuhandeln. Dennoch verdichtet sich der Eindruck, daß sich alle übrigen Fraktionen auf Kosten der Grundbesitzer und insbesondere der städtischen einigen wollen. Es wird von verschiedener Seite die Forderung erhoben, wie nach dem Kriege in Westdeutschland und in Österreich die Mietpreise auch in Ostdeutschland zu begrenzen, um dann Löhne, Renten, Wohngeld und sonstige Sozialtransfers niedriger als im Westen halten zu können.

Bei der Frage ob schnelle oder langsame Übernahme der Wirtschafts- und Währungsordnung, Belastung der Sozialsysteme und Verteilung der Lasten (Gesamtmetall Stumpfe gegen Lohnabschläge im Westen als "Solidarbeitrag", Graf Lambsdorf dafür) bei steuerpolitischen Konsequenzen, bei Rückgabe alter Bodenrechte oder Erhaltung der neuen Bodenordnung sind die Unterschiede im bürgerlichen Lager so groß wie möglich. Hierzu wissen auch die Manager noch nicht, welche konkreten Interessen sie haben und welche Kosten und Chancen auf sie zukommen - und sie werden sich auch nicht vereinheitlichen lassen. Deswegen heißt die gemeinsame Formel wohl: Übernahme des Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystems der BRD als tragbaren, bewährten Kompromiß, auch wenn Abstriche am Tarifsysteem, den Lohnkosten, der Arbeitszeitordnung und anderen allgemeinen Regelungen den Kapitalfraktionen häufig als wünschenswert erscheinen mögen. Unterhalb des Interesses, kapitalistische Verhältnisse in Ostdeutschland herzustellen, gibt es daher wohl kein gemeinsames Interesse des Kapitals, zu dem ja auch das Auslandskapital gehört. Insofern herrscht im Vereinigungsprozeß m.E. das Primat der Politik, zu dem sich die Kapitalfraktionen wie Interessenvertreter/Lobbyisten verhalten.

1.3.90 R.D.